

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Bieterschüssel 2,50 RM. monatl. 1,10 RM.

Vorwärts

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die festgebundene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für

Gründet 1894.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch: Arbeiter-
Sozialdemokrat Berlin.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonntag, den 13. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertrieb: Am: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertrieb: Am: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kämpfe zwischen Oesterreichern und Italienern in Albanien.

Ist eine Erhöhung der direkten Steuern möglich?

Oberster Grundsatz für die Behandlung von Steuerfragen ist die im Programm unserer Partei aufgestellte Forderung: „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verringerung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.“

Eine Neueinführung oder Erhöhung direkter Steuern bis zu jener Grenze, daß dadurch der Profit stark unterbunden und eine stetige neue Kapitalanhäufung, also auch die Gründung neuer kapitalistischer Betriebsunternehmungen gehemmt wird, liegt überdies nicht nur im Interesse des Kapitalismus, sondern auch der Arbeiter, denn sie bedeutet wirtschaftliche Stagnation und Verdrängung zahlreicher Arbeitskräfte.

Zum Glück der Welt hat er ein Mittel gefunden, diese Einnahmen des Staates zu steigern, ohne daß diese ungünstige Wirkung der direkten Besteuerung eintritt, ein sehr einfaches Mittel, nämlich die Einführung von staatlichen Monopolen.

Sehen wir zu, ob die Sache stimmt. Durch direkte Steuern entzieht der Staat den kapitalistischen Unternehmern einen Teil des Profits, und wenn die direkten Steuern sehr hoch werden, der entzogene Profit also sehr groß ist, kann in der Tat die Kapitalanhäufung gehemmt werden. — Tritt denn aber nicht das gleiche ein, wenn der Staat kapitalistische Betriebe verstaatlicht und den ihnen bisher zufließenden Profit sich aneignet? Die Kapitalisten, die z. B. an Versicherungsgeschäften beteiligt sind und dabei ein paar hundert Millionen Mark Profit erzielen, haben bisher einen Teil dieses Profites zur Anhäufung von neuem Kapital verwendet, dieses Kapital wurde bei Gründung neuer oder Erweiterung bestehender Betriebsunternehmungen angelegt. Wird dieser Teil des Gesamtprofites vom Staate angeeignet, so wird nicht mehr akkumuliert, es entsteht kein neues Kapital, weil diese Millionen vom Staate unproduktiv verausgabt werden.

Es ist also gehüpft wie gesprungen. In welcher Weise der Staat einen Teil des Profites an sich bringt, ob auf dem Wege der direkten Besteuerung der gesamten Kapitalistenklasse oder der auf dem Wege der Verstaatlichung bestimmter Gruppen kapitalistischer Unternehmungen, so oder so wird die Anhäufung von Profit und damit die Neubildung von Kapital eingeschränkt. Man kann eben nicht die unproduktiven Ausgaben grenzenlos steigern, ohne in der gegenwärtigen Gesellschaft den wirtschaftlichen Produktionsprozeß zu stören. Auch C u n o w wird hier kein Zauberwort finden.

Ja, sein Mittel dürfte das Uebel verschlimmern. Die direkte Besteuerung, besonders wenn sie sehr hoch ist, bewirkt nämlich, daß die unproduktiven Ausgaben der Kapitalistenklasse eingeschränkt werden. Da nämlich diese Klasse einen Teil des gewonnenen Profites für ihren Unterhalt verbraucht, wobei dieser Unterhalt im Laufe der Zeit zu einer gewaltigen Entfaltung von Luxus geführt hat, kann die Steuer zu einem immerhin wesentlichen Teile aufgebracht werden auf Kosten dieses Luxuskonsums. Das würde sogar sicher eintreten, denn der größte Teil der Kapitalisten dürfte eher geneigt sein, auf Luxusausgaben zu verzichten, als auf die Anhäufung von neuem Kapital, das eine Erweiterung der Machtsphäre des betreffenden Kapitalisten ermöglicht. Dieser Vorteil fällt fort, wenn der Staat den Profit ganz bestimmter Unternehmerrbetriebe sich aneignet. Die Kapitalisten — in der Regel wird es sich um eine nicht gerade große Anzahl von Individuen handeln — werden durch die Verstaatlichung ihrer Unternehmungen nicht ärmer, sondern sie werden nur gezwungen, sich in einer anderen Sphäre der kapitalistischen Wirtschaft zu betätigen. Ihr unproduktiver Konsum bleibt wie er war. Aber der gesamte Profit, der in der neuberstaatlichten Sphäre bisher erzielt wurde und zum Teil zur Neubildung von Kapital diente, wird jetzt seitens des Staates unproduktiv verwendet.

Also: im ersten Falle — bei direkter Besteuerung — werden die für den unproduktiven Verbrauch des Staates notwendigen Mittel zum Teil der unproduktiven Konsumtion Privater entzogen, zum Teil der produktiven Zwecken dienenden Akkumulation; im zweiten Falle — bei Verstaatlichung — werden diese Summen ausschließlich der Akkumulation entzogen. — Das Heilmittel wirkt im entgegengesetzten Sinne, wie es C u n o w annimmt.

Nun erwähnt uns C u n o w, uns nicht in allgemeinen Erörterungen zu ergehen, sondern uns an die gegebenen Verhältnisse zu halten. Folgen wir seiner Aufforderung, um zu

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Februar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach heftigstem Feuer auf einen großen Teil unserer Front in der Champagne griffen die Franzosen abends östlich des Gehöftes Maison de Champagne (nordwestlich von Naffes) an und drangen in einer Breite von noch nicht zweihundert Meter in unsere Stellung ein.

Auf der Combres-Höhe besetzten wir den Rand eines vor unserem Graben von den Franzosen gesprengten Trichters.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vorstöße russischer Patrouillen und kleinerer Abteilungen wurden an verschiedenen Stellen der Front abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Französisches Linienschiff durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Amtlich. Berlin, 12. Februar. (W. Z. B.) Ein deutsches Unterseeboot hat am 8. Februar an der syrischen Küste südlich von Beirut das französische Linienschiff „Suffren“ versenkt. Das Schiff sank innerhalb zwei Minuten.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern wurden abermals zahlreiche russische Aufklärungsabteilungen abgewiesen. Es kam auch zu stärkeren Gefechtskämpfen. Vom Feind unter schwerem Artilleriefeuer genommen, mußte in den Nachmittagsstunden die schon mehrfach genannte Vorpostenlinie nordwestlich von Tarnopol geräumt werden. Die Russen setzten sich in der verlassenen Stellung fest, wurden aber in der Nacht durch einen Gegenangriff in heftigem Kampfe wieder hinausgeworfen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Au der albanischen Front finden seit einigen Tagen wieder lebhafteste Artilleriekämpfe statt. Bei Pitsch eroberten unsere Truppen heute früh eine feindliche Stellung im Rombongebiet; wir erbeuteten drei Maschinengewehre und nahmen 73 Alpeni gefangen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Tirana versuchten italienische Kräfte, sich der von uns genommenen Höhenstellungen zu bemächtigen. Unsere Truppen schlugen alle Angriffe zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

sehen, ob denn im gegebenen Falle die Aufbringung der durch den Krieg bedingten Lasten auf dem Wege der direkten Besteuerung wirklich so gefährlich ist, ob die wirtschaftliche Stagnation droht, wenn die Mittel, die der Staat braucht, durch scharfe Erhöhung der direkten Steuern aufgebracht werden.

Die neuen Lasten entstehen vor allem dadurch, daß eine enorme Kriegsschuld zu verzinsen sein wird. Das bedeutet aber, daß den Kapitalgebern, die hier als Gläubiger des Staates auftreten, ein paar Milliarden Mark jährlich zufließen. Das Einkommen der Kapitalistenklasse steigt auf diese Weise. Ja, es steigt in höherem Maße, als durch die Zinssumme, die der Staat zu zahlen hat, ausgedrückt wird. Der Staat mußte für die Kriegsanleihen einen höheren Zinsfuß als bisher üblich gewähren; dadurch steigt aber der Zinsfuß ganz allgemein. Das bedeutet Erhöhung der Produktionskosten, die sich in steigenden Warenpreisen äußern wird, außerdem im Steigen der Bodenrente, in Verteuerung der Wohnmieten. Weil die Kapitalgegnen Gelegenheit erhalten, ein paar Duzend Milliarden Mark zu außerordentlich hohem Zinsfuß in Staatsanleihen anzulegen, wächst ihr Einkommen auch aus dem Zins für alles übrige Leihkapital. Diese erhöhten Zinssummen werden letzten Endes aus dem Einkommen der arbeitenden Massen, der Lohnarbeiter, Bauern, Handwerker aufgebracht. Es liegen

Gründe vor — sie auseinanderzusehen würde im Augenblick zu weit führen —, daß bei den durch den Krieg herbeigeführten wirtschaftlichen Zuständen die Erhöhung des Zinsfußes zu einer Steigerung der Profitrate überhaupt führen wird. Im Resultat also führt der Krieg in Deutschland vornehmlich zu einer Bereicherung der Kapitalistenklasse, zu einer Erhöhung aller auf den Besitz gegründeten Einkommen.

Ist dem aber so, dann muß es auch möglich sein, auf diesem erhöhten Einkommen durch scharfes Zugreifen auf dem Wege der direkten Besteuerung die erhöhten Staatslasten zu decken.

Zählt der Staat an die Kapitalgegnen ein paar Milliarden Mark mehr als bisher an Zinsen, so ist es die Aufgabe der Steuerpolitik, diese Milliarden durch Steuern den Kapitalgegnen wieder abzunehmen. Da aber das Einkommen dieser Klasse über die Summe der Zinsen steigt, so muß auch die Möglichkeit vorliegen, über diese Summe hinaus den übrigen Bedarf — Renten für die Kriegsbeschädigten — aus diesem Einkommen herauszuholen.

Es kommt hinzu, daß in den europäischen Ländern während der letzten Jahrzehnte sicher nicht von einer ungenügenden Akkumulation des Kapitals die Rede sein konnte, eher war das Umgekehrte der Fall: die Anhäufung von neu gebildetem Kapital war so gewaltig, daß die Kapitalisten den unaufhaltsamen Drang zeigten, immer neue Kapitalanlagen in den kapitalistisch unentwickelten Ländern zu suchen. Das war die stärkste Triebkraft des Imperialismus, der uns schließlich in den Weltkrieg stürzte.

Will uns C u n o w überzeugen, daß wir unseren programmatischen Grundsatz in der Steuerfrage aufgeben müssen, weil die Erhöhung der direkten Steuern zum Zwecke der Deckung der Kriegsausgaben die Kapitalanhäufung unterbinden und dadurch zur wirtschaftlichen Stagnation führen würde, so hat er den Beweis zu liefern, daß diese Grenze bereits erreicht ist. Mit allgemeinen Redewendungen ist es da nicht getan.

(In einem weiteren Artikel werden wir auf die Monopolfrage näher eingehen. Die Red.)

Zur Torpedierung des „Suffren“.

Konstantinopel, 12. Februar. (W. Z. B.) Meldung der Telegraphenagentur Milli. Das französische Linienschiff „Suffren“ wurde am 8. Februar auf der Höhe von Beirut von einem deutschen Unterseeboot versenkt. „Suffren“ sank in zwei Minuten. Die über achthundert Mann betragende Besatzung konnte nicht gerettet werden.

Das französische Linienschiff „Suffren“ ist älteren Datums. Es ist im Jahre 1899 vom Stapel gelaufen und hatte eine Wasserdrängung von 12700 Tonnen. Seine artilleristische Ausstattung mit vier 30,5 Zentimeter-Geschützen, zehn 16-Zentimeter-Geschützen, acht 10-Zentimeter-Geschützen und zweiundzwanzig 4,7 Zentimeter-Geschützen war sehr stark. Seine Geschwindigkeit betrug 18 Knoten.

Zum Gefecht an der Doggerbank.

London, 12. Februar. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität stellt mit Bezug auf den Bericht des deutschen Admiralsstabes über das Gefecht an der Doggerbank fest, daß die in der Berliner Meldung erwähnten Kreuzer, vier Minensucher waren, von denen drei wohlbehalten zurückgekehrt sind.

Amtlich. Berlin, 12. Februar. (W. Z. B.) Der amtlichen Veröffentlichung vom 11. Februar über Vernichtung der „Arabis“ durch unsere Torpedoboote ist hinzuzufügen, daß, wie die nachträglichen Feststellungen mit Sicherheit ergeben haben, auch das durch einen Torpedo getroffene zweite englische Schiff gesunken ist.

Des ferneren wurde festgestellt, daß im ganzen der Kommandant, der Schiffarzt, ein Offizier, ein Deckoffizier, 27 Mann von der „Arabis“ gerettet worden sind. Hieron sind auf der Rückfahrt infolge des Aufenthaltes im Wasser der Schiffarzt und drei Mann gestorben.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein Seegefecht bei den Bermudas-Inseln?

Paris, 12. Februar. (W. Z. B.) „Matin“ meldet aus New York, daß in den Gewässern von Bermudas ein Seegefecht zwischen dem englischen Panzerkreuzer Drake und einem deutschen Kriegsschiff stattgefunden habe; über den Ausgang des Kampfes und die Art des deutschen Schiffes sei nichts bekannt.

Uebergang der Franzosen über den Wardar.

Paris, 12. Februar. (W. Z. V.) „Journal“ meldet aus Saloniki, daß die französischen Truppen den Wardar bei Topitschia überschritten haben und in zwei Kolonnen nach verschiedenen Richtungen vorgerückt sind; 12 Kilometer neuer Verteidigungslinien würden sofort angelegt werden.

Paris, 12. Februar. (W. Z. V.) „Zeit Parisien“ meldet aus Saloniki, daß gestern französische Truppen den Wardar überschritten und sich auf dem rechten Ufer in der Gegend von Jenidze, Wardar an der Eisenbahn nach Vitolia (Monastir) festgesetzt haben.

Keine rumänische Anleihe in England.

Bukarest, 12. Februar. (W. Z. V.) „Universul“ wird von amtlicher Seite ermächtigt, die Nachricht, daß Rumänien in England eine Anleihe von neun Millionen Pfund aufgenommen habe, zu dementieren. Diese Nachricht bedürfe umsomehr einer Widerlegung, als mit ihr auch die Mitteilung verbunden wird, daß als Pfand für diese Anleihe rumänisches Getreide gegeben worden sei.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. Vom Laufe der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Paris, 11. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Freitag abend. In Belgien beschädigte unsere Feldartillerie stark ein feindliches Befestigungswerk am Kanal von Balphendaele und rief eine Explosion in einem Munitionslager hervor. Im Artios zeitweiliges Geschützfeuer in der Gegend der Straße nach Lille und südlich der Somme. Im Verlauf von Einzelgefechten haben wir am 8. und 9. Februar den Deutschen einen bemerkenswerten Teil der Grabenlinie wieder entzogen, die in der Gegend südlich von Frie in ihren Händen geblieben waren. Der Feind versuchte uns gestern, als der Tag zu Ende ging, durch einen heftigen Gegenangriff aus den wieder eroberten Grabenlinien zu vertreiben, wurde aber durch unser Sperrfeuer und unser Infanteriefeuer, das ihm schwere Verluste zufügte, daran gehindert. Heute mittelmäßige Artillerietätigkeit auf diesem ganzen Kampfabchnitt. Nördlich der Aisne wirkungsvolles Feuer unserer Batterien auf die feindlichen Werke nördlich von Souper und auf Versperrungsstellungen nordöstlich von Berry-au-Bac. In der Champagne, machten wir nordöstlich vom Hügel von Le Mesnil bei einem Angriff mit Handgranaten etwa vierzig Gefangene. Auf den Maashöhen zerstörte unsere Artillerie ein Blockhaus und Beobachtungsstände des Feindes. Im Kampfabchnitt des Waldes von Vougot wurden heute zehn Geschosse schweren Kalibers in der Richtung auf Belfort abgeschossen.

Belgischer Bericht: In der letzten Nacht versuchte aus ausgewählten Teilen gebildete Abteilung einen Ueberfall auf unsere Vorposten, wurde aber durch unser Feuer vertrieben. Der Gegner ließ zahlreiche tote und Verwundete vor unseren Linien zurück. Auf unserer Seite war kein Verlust zu verzeichnen. Am südlichen Teile unserer Front haben in der letzten Nacht und heute heftige Artilleriegefechte stattgefunden.

Die englische Meldung.

London, 12. Februar. (W. Z. V.) General Haig berichtet: An verschiedenen Stellen wurden Mienen zur Explosion gebracht. Artillerietätigkeit bei Zood und Ypern.

Die Beschiesung von Belfort.

Bern, 12. Februar. (W. Z. V.) Nach einer Meldung des Bruntrutener Blattes „Le Pays“ aus Boncourt sind in der Stadt Belfort bei der Beschiesung durch die Deutschen durch mehrere Granaten Häuser beschädigt und einige Personen getötet oder verwundet worden.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 12. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 11. Februar.

Westfront: Im Abschnitt von Miga zwischen der Chaussee von Mita und der Tana lebhafteres Artilleriefeuer. Unsere Artillerie zerstörte an verschiedenen Orten feindliche arbeitende Abteilungen. Fünf Werks südlich Mergall beobachteten wir zwei Explosionen in einer feindlichen Batterie. In der Gegend von Nangi unterminierten wir ein feindliches Blockhaus und besetzten den Trichter. Ein Teil eines unserer Regimenter führte in der Gegend südlich Lubiska einen gelungenen Erkundungsauftrag aus und zerstörte eine Brücke, die der Feind über den Nemen zu schlagen begonnen hatte. Bei Gzemern (zwischen Rowno und Luck) wiesen wir erneut zwei aufeinanderfolgende Gegenangriffe, die der Feind nach Vorbereitung durch leichte und schwere Artillerie ansetzte, ab. Weiter südlich gelangene Erkundungen unserer Aufklärer. In der Gegend von Gebrow (23 Kilometer nordwestlich Larnopol) versuchte der Feind die ihm gestern entzogene Höhe zurückzugewinnen; er setzte zu diesem Zweck einen Gegenangriff mit an Zahl überlegenen Kräften und Artillerieunterstützung an, jedoch wir blieben im Besitz der Höhe.

Schwarzes Meer: Unsere Torpedoboote fuhren mit der Beschiesung der feindlichen Stellungen in der Küstengegend fort.

Kaukasus: Unser Vorgehen dauert an. Wir verteilten durch Feuer alle feindlichen Angriffsversuche.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Mehrere für uns günstig verlaufende Zusammenstöße ereigneten sich im Hoch-Charza und im Abschnitt von Santa Maria. In der Zone von Gora besaß unsere Artillerie wirksam feindliche Lager und auf der Fahrt nach St. Peter feindliche Jäger, die zur Rückfahrt gezwungen wurden. In dem gebirgigen Teil des Operationsgebietes fiel reichlich Schnee. Cadorna.

Gefechte in Mesopotamien.

London, 11. Februar. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet amtlich aus Mesopotamien: Eine Erkundungsabteilung wurde am 7. Januar beim Rückmarsch von Karkise von Arabern angegriffen. Unsere Gesamtverluste betragen 373 Mann. Der Feind hatte über 300 tote. Am 9. Januar überrumpelte eine ausgesandte Strafexpedition die Araber und zerstörte vier Dörfer. Unsere Verluste betragen sechs Mann.

Zur Verschärfung des U-Bootkrieges.

Amsterdam, 12. Februar. (Z. N.) Reuter weiß in tendenziöser Absicht folgendes zu berichten: Die deutsche Note, in welcher gedroht wird, bewaffnete Rauffahrtschiffe als Kriegsschiffe zu behandeln, wird hier als eine Sache angesehen, die keine wesentliche Veränderung in dem bestehenden Zustande bringen könne. Da deutsche und österreichische Unterseeboote die Rauffahrtschiffe torpedierten,

ohne sie zu warnen und ohne sich davon zu vergewissern, ob sie bewaffnet wären, sei der Charakter, den die Deutschen diesen Schiffen zuerkennen, wenn sie auf dem Meeresboden liegen, von keiner Bedeutung.

In der Tat schreibe man in England dieser Note keine Bedeutung zu. Der einzige Zweck sei, zu versuchen, weitere Ungerechtigkeiten in den Augen der Neutralen zu rechtfertigen. Autoritäten auf dem Gebiete des internationalen Rechts hätten auseinandergelegt, daß Rauffahrtschiffe seit unendlichen Zeiten zur Verteidigung bewaffnet wurden, und ihr Recht, sich zu verteidigen, sei bis zu diesem Kriege niemals in Zweifel gezogen worden. Die Marinefachverständigen halten darum die Lösung, daß englische Schiffe entwaffnet werden müssen, ohne Zugeständnisse deutscherseits für lächerlich und meinen, daß diese Entwaffnung nicht eher ausgeführt werden dürfe, bis Deutschland sich verpflichtet habe, seine Vorteile aus der Entwaffnung zu ziehen.

Haag, 11. Februar. (W. Z. V.) „Nieuwe Courant“ schreibt über die letzte deutsche Note, sie möge unter anderem als Versuch betrachtet werden, für den Krieg mit U-Booten eine rechtliche Regelung zu schaffen. Dieser Krieg sei bisher vollständig unreguliert gewesen. Ebenso wie die Rechtlichkeit durch den Krieg verschoben worden sei, habe dieser Mangel an Gesehmäßigkeit zur Anarchie geführt. Die Bewaffnung von Handelsschiffen zur Kriegsführung werde nun aufhören müssen, wenn auch das Vorgehen der U-Boote in den Rahmen einer gesetzlichen Regelung gebracht werden solle. Eine Sanktion für derartige Regeln bestehe nicht, man sei dabei auf den guten Glauben des anderen angewiesen, und gerade daran werde von den Kriegsführenden (wie die Erfahrung bewies, leider mit Recht) stark bezweifelt. Die Möglichkeit von Irrtümern wurde dadurch nicht eingeschränkt, umso weniger, als die Kriegsschiffe eines kriegsführenden Landes sich nicht scheuten, eine falsche Flagge zu führen. Das Blatt fährt fort: Das braucht uns aber nicht zu hindern, beifällig zu begrüßen, daß ein Versuch unternommen wird, der Anarchie Fesseln anzulegen, die auf dem Gebiete des Seekrieges herrscht, seit U-Boote gegen Handelsschiffe austreten. Natürlich wird zur Entwaffnung der Handelsschiffe eine Frist zugestanden werden müssen, falls die Entente überhaupt auf die Idee eingeht und auch ihrerseits die Maßregeln, die sie teils vor dem U-Bootkrieg, teils für ihn erließ, rückgängig macht. Vielleicht hilft da einiger Druck von Seiten der Neutralen.

Kopenhagen, 12. Februar. (W. Z. V.) „Politiken“ schreibt: Die Absichten der deutschen Denkschrift über die Verschärfung des Unterseebootkrieges scheinen zunächst zu sein, größere Klarheit über das Vorgehen zur See zu schaffen und einen Unterschied zwischen bewaffneten und unbewaffneten Handelsschiffen zu machen. Hierbei können Zweifel, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, verhängnisvolle Versehen herbeiführen, aber unter allen Umständen muß man gewiß sein, daß der Unterseebootkrieg nunmehr von deutscher Seite mit verdoppelter Kraft wieder aufgenommen wird. Die deutsche Regierung würde sicher nicht eine derartige Erklärung veröffentlichen, die in so bestimmten Ausdrücken gehalten ist, wenn nicht die deutschen Marinebehörden alles bereit hätten, um der Erklärung Nachdruck zu geben.

Amerika und die bewaffneten Handelsschiffe.

Paris, 12. Februar. (W. Z. V.) „Journal“ erzählt aus Washington: Da ein drittes bewaffnetes italienisches Handelsschiff in New York eingelaufen sei, habe das Staatsdepartement sich veranlaßt gesehen, die Verfügungen über Verhinderung von Handelsschiffen zur Mitführung von Geschützen abzuändern. Das besage, daß die amerikanische Regierung den italienischen Dampfern „Amerika“ und „Verona“ die Abfahrt nicht vor Ausschiffung ihrer Geschütze gestatten werde.

Zur Regelung des „Lusitania“-Streitfalles.

New York, 11. Februar. Nach einer Meldung der Associated Press aus Washington hat ein hoher Regierungsbeamter erklärt, daß die Beilegung des Lusitania-Streitfalles innerhalb der nächsten Tage zu erwarten sei. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Forderungen nicht verschärft und nicht abgeschwächt. Man könne daraus keine eigenen Schlüsse ziehen, was die Basis des Uebereinkommens anbetrifft. Der von Deutschland vorgeschlagene Wortlaut decke sich ansehnend mit der Haltung der Vereinigten Staaten. Man dürfe wohl annehmen, daß noch einige weitere Einräumungen oder Zugeständnisse von Berlin zu erlangen sein würden. Der Beamte fügte hinzu, der Vorschlag gewähre im wesentlichen Befriedigung und Genugtuung.

„Evening Post“ meldet aus Washington, das Kabinett habe im Interesse der Staatsflugsicherheit beschlossen, den letzten deutschen Vorschlag zur Beilegung des Lusitania-Streitfalles anzunehmen, wenn er auch vom rechtlichen Standpunkt viel zu wünschen übrig lasse. Die amerikanische Regierung zog in Erwägung, daß die Berliner Regierung mitten im Kriege nicht weiter gehen konnte, und daß die Bedingungen der Beilegung, wie sie in dem deutschen Vorschlag enthalten seien, unter den gegenwärtigen Verhältnissen das höchst Erreichbare darstellten. In amtlichen amerikanischen Kreisen sei die Ansicht verbreitet, daß die Verantwortung für die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder bei Deutschland und den Handlungen der deutschen Unterseeboot-Kommandanten liege. Wilson sei eifrig darauf bedacht, daß kein Schritt der Vereinigten Staaten, weder auf diplomatischem noch auf anderem Gebiet, so beschaffen sei, daß er als Angriff gedeutet werden könne.

Das schwedische Zentralorgan über die Verständigung.

Zu dem im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel über eine sozialistische „Verständigung“ schreibt das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie, Stockholmer „Socialdemokraten“ in seiner Nummer vom 8. Februar:

So beherzigenswert der Wunsch unseres deutschen Bruderorgans nach einer allgemeinen sozialistischen Verständigungskonferenz auch ist, will es doch scheinen, als ob die Ansicht des „Vorwärts“ über die gegenwärtigen Voraussetzungen für eine solche allzu optimistisch wären.

Wir haben mehrfach Veranlassung gehabt, darauf aufmerksam zu machen, daß der „Vorwärts“ mit all seinem anerkenntwerten

Streben nach Objektivität doch bis jetzt immer allzu schematisch die Gegenläufe, die der Lage in Deutschland das Gebräuge geben, auf die französische Bruderpartei überträgt. Die Zeitung legt nun Gleichheitszeichen zwischen der Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Fraktionsmajorität... und die Gutheißung der Kriegskredite durch den französischen Kongress mit der Absicht, der Feind aus dem Lande zu treiben. Welche, die deutsche und die französische Mehrheit, haben nach dem „Vorwärts“ gefehlt, das sei gehauen wie gestochen. Aber da die französischen Parteigenossen sich bestimmt gegen Annektionen ausgesprochen haben und nicht die Zerschmetterung des preussischen Militarismus“ zur Friedensvoraussetzung machen, sondern nichts anderes wollen, als ihn zu der Anerkennung des Schiedsgerichtsweges zur Schlichtung von Streitigkeiten zu bringen, gebe es nichts, das hindert, daß man nun anfängt über den Frieden zu reden, den die beiden Völker so inbrünstig brauchen.

So einfach liegt auf alle Fälle das Problem nicht. Für die deutschen Sozialisten ist der schnelle Friede — der morgige Friede, wenn es so sein soll — ein vollkommen natürlicher und lokaler Wunsch, da kein Deutscher von Verstand bis Lieblichkeit den entfernten Gedanken hat, daß dieser Friede mit dem Abtreten auch nur einer Fußbreite deutschen Bodens erkaufte werden sollte. Der „Vorwärts“ ist ebenso sicher wie die „Kreuzzeitung“, daß, wenn die Ententemächte den Krieg fortsetzen, das eine verzweifelte Torheit sei, und daß die Armeen der Zentralmächte niemals besiegt werden können. Unter solchen Verhältnissen können schwerlich die Vaterlandsliebe und der Friedenswille in Konflikt geraten. Wie würde es aber sein, wenn die Westfront sich östlich vom Rhein erstreckte, anstatt in Belgien und im östlichen Frankreich zu liegen?

Aber die deutsche Partei, die ganze Partei hat sich ja gegen Annektionen ausgesprochen und die Parteileitung hat, wie der „Vorwärts“ erinnert, niemals die Hoffnung auf die Wiederanknüpfung der offiziellen Verbindungen aufgegeben. Aber vom französischen Gesichtspunkt aus bleibt am Schluß ein furchtbares Fragezeichen. Nehmen die deutschen Sozialdemokraten eine irgendwie bedeutende Stellung ein? Können sie irgendwelche, seien es welche es wollen, Garantien dafür übernehmen, daß die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien solchen Direktiven in der Frage Frankreichs und Belgiens folgen, im Falle die augenblickliche militärische Lage an der Westfront zur Basis für Friedensverhandlungen dienen sollte?

Es ist begreiflich, daß die französischen Sozialdemokraten in dieser Sache mißtrauisch sind. Während sie selber mehr als je in ihrem Land zu sagen haben, wissen sie, wie es mit den innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland bestellt ist... Selbst wenn die ganze deutsche Sozialdemokratie dastände, wo die Minorität steht, hätten die französischen Sozialdemokraten kaum Veranlassung, allzu große Hoffnungen an den Einfluß ihrer deutschen Parteigenossen auf die deutsche Reichspolitik zu knüpfen. Und schließlich soll doch durch diese Frieden geschlossen werden!

In seinen weiteren Ausführungen bemerkt „Socialdemokraten“, des tiefen Leitartikels natürliche Friedenssehnsucht sei die Grundlage für die Verständigung, die auch kommen müsse. In dies der Fall, so begreifen wir nicht die Vorbehalte unseres schwedischen Bruderorgans, das uns hier in einiger Hinsicht sogar päpstlicher erscheint als der Papst. So namentlich mit seinem Dimweis auf das „furchtbare Fragezeichen“ und auf das „begreifliche Mißtrauen“ der französischen Genossen gegenüber dem Einfluß der deutschen Partei selbst dann, wenn diese da stände, wo die Minorität steht. Einen solchen Zweifel hat nicht einmal der französische Weihnachtskongress geäußert, und wir konnten mit Recht erklären, der schwerste Vorwurf, der ihm gemacht werden könne, sei der, daß er sich zu einer Aussage nicht bereit erklärt habe.

Wenn „Socialdemokraten“ die Sache jetzt so darstellt, die französischen Genossen hätten ein Recht, mißtrauisch zu sein, da sie in ihrem Lande mehr als je mal politische Einfluß besitzen, so erbringt er nur einen neuen Beweis dafür, wie verhängnisvoll es für eine selbständige sozialistische Politik ist, wenn sich die sozialistischen Parteien in den Wahlstrom des Krieges hineinreißen lassen und aktiv Partei für die Kriegspolitik ergreifen. Denn dieser „politische Einfluß“ darf nicht als Ding an sich bemerkt und um den Preis aller möglichen Konzessionen an die Herrschenden behütet werden, er muß vielmehr — wollen die sozialistischen Parteien ihren Grundcharakter und ihre Traditionen nicht verleugnen — überall, ob groß oder klein, in die Waagschale der Völkerverständigung geworfen werden. Wie das den Verhältnissen in den einzelnen Ländern entsprechend verwirklicht werden soll, kann nur eine gemeinsame Aussprache ergeben. Also immer wieder: es muß endlich der erste Schritt getan werden, um den „blutigen Graben“ zwischen den kämpfenden Völkern zu überbrücken.

Beteiligung der Schweiz an der Stockholmer Vermittlungskonferenz.

In Bern fand am 10. Februar eine Versammlung verschiedener National- und Ständeräte sowie der Vertreter und Vertreterinnen verschiedener schweizerischer Organisationen statt zur Entgegennahme eines Referats der beiden Delegierten der Stockholmer Vermittlungskonferenz Lochner und Evans. Diese teilten mit, daß es sich darum handle, aus den wichtigsten neutralen Staaten je fünf Delegierte und fünf Erläuterer für eine Konferenz zu gewinnen, die binnen kurzem stattfinden soll und ständig tagen wird. Die Konferenz wird in Verbindung mit Fachgelehrten aus den verschiedenen Ländern — auch aus den kriegführenden — die Fragen eines baldigen Friedensschlusses studieren und das Ergebnis den Parlamenten und der Presse mitteilen mit dem Ersuchen, sich über die Vorschläge auszusprechen und mitzutheilen, ob man vielleicht zu Unterhandlungen bereit wäre, wenn eine feindliche Mächtegruppe sich geneigt zeige, auf einer solchen Basis in Unterhandlungen einzutreten. Nach Entgegennahme des Berichts des Generalsekretärs des Herrn Ford sprach sich die Versammlung einstimmig für die Beteiligung der Schweiz an der Stockholmer Vermittlungskonferenz aus und wählte einen Ausschuss mit der Aufgabe, die Bestrebungen in der Schweiz zu unterstützen und die Delegierten für Stockholm zu bezeichnen. An die Spitze dieses Ausschusses trat Nationalrat Scherrer-Buellemann, St. Gallen.

„Sozialdemokraten“ über Dänemarks Neutralität.

Kopenhagen, 12. Februar. (W. Z. V.) „Sozialdemokraten“ nimmt an, daß der Reichstag sich nunmehr einstimmig für die Aussetzung der Neuwahlen bis nach Kriegsschlus entscheiden werde. Das Blatt erklärt dazu: Der Chauvinismus in Dänemark wird nach diesem Tage völlig gelähmt sein. Deshalb verlangen ja auch die ausgeprägten chauvinistischen Blätter „Vorwärts“, „Rjødshavn“ und „Hovedstaden“ aufs eifrigste und teilweise geradezu fanatisch Neuwahlen und kämpfen hierfür bis zum äußersten. Die richtige Niederlage dieser Chauvinistenpresse wird sicherlich im Auslande Eindruck machen, wo man nunmehr Dänemarks Neutralität als unerfüllbare Tatsache betrachten wird.

Auseinandersetzung über die Beschlüsse von Zimmerwald.

Mailand, 12. Februar. (Z. N.) „Avanti“ bringt eine lange Auseinandersetzung mit dem französischen Bruderorgan „L'Humanité“ und der französischen sozialistischen Partei einerseits und dem „Vorwärts“ und der Berner „Tagwacht“ andererseits bezüglich deren

Verhalten gegenüber den Beschlüssen des sozialistischen Kongresses in Zimmerwald. „Avanti“ weicht sich energisch dagegen, daß man ihm und seinen sozialistischen Parteifreunden unterließe, sie agitieren gegen die Verteidigung des eigenen Vaterlandes, und behauptet, die „Neue Internationale“ habe niemals von den französischen Genossen verlangt, daß sie gegenüber der Verteidigung ihres eigenen Vaterlandes die Sabotage anwenden, oder keinen Unterschied machen zwischen der Mehrheit der französischen Sozialisten und der Mehrheit der deutschen Sozialisten. „Avanti“ sagt, wenn die französische sozialistische Partei sich auf ihren „Internationalismus“ vor dem Kriege berufe, um ihren „Nationalismus“ zu rechtfertigen und zu erklären, so wiederhole sie heute nur dieselben Argumente, die sie schon vorgebracht hätte, um ihren Eintritt ins Ministerium zu rechtfertigen. Wenn man einst die Geschichte dieser zwei Jahre des Krieges werde schreiben können, was jetzt die Genur unmöglich mache, werden interessante Sachen herauskommen. Von den vielen Besuchen fremder Interventionisten (Kriegsbegeh) beim Minister ohne Vortreffliche bis zur Sequeliratur der Sekretariate der Internationalen. Und wertvolle Dokumente werde die Korrespondenzen liefern, welche der unparteiische „Homo“ schrieb. Jener „Homo“, geborener Elässer, aber zu viel Franzose, um in Deutschland zu bleiben, und zu viel Deutscher, um im französischen Heere zu dienen, der die Neutralität der Schweiz vorziehe, um den Krieg bis aufs Messer zu propagieren! Ein Symbol!

Eine Verdächtigungskampagne.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Der Gepflogenheit der französischen Bourgeoispreffe, jedermann, der die vulgärdemokratischen Phrasen nicht unterschreibt, womit die Entente-Regierungen den Krieg den arbeitenden Massen sympathisch machen wollen, des geheimen Einverständnisses mit der deutschen Regierung zu bezichtigen, ist nun auch die „Verner Tagwacht“ und ihr Redakteur Genosse Robert Grimm zum Opfer gefallen. Nachdem sich auch die „Humanität“ schon an der Deutschfreundlichkeit des Verner sozialistischen Blattes gerieben hat, bringt der „Temps“ vom 5. Februar, anlässlich der Angriffe der „V. T.“ gegen die französischen Sozialisten“ eine mit H. gezeichnete Korrespondenz, die „gewisse Tendenzen“ dieses Blattes aufklären will. Es ist sicher merkwürdig, daß das französische Großkapitalistenblatt, das sonst selbst die französischen Sozialisten gütig angreift, plötzlich das Bedürfnis fählt, ihnen gegen den Schweizer Kritiker zu Hilfe zu kommen. Der Korrespondent H. tut dies mittels persönlicher Verdächtigung. Grimm, der die Zimmerwalder Konferenz organisiert habe (bekanntlich ging die Idee dazu von den italienischen Sozialisten aus. Die Red. des „Vorwärts“), „nach der sich die deutschen Sozialisten, darunter die Herren Hoffmann und Rolkenbuh (1) ohne Schwierigkeiten begeben konnten“, was „erstaunlich“ scheinen würde, wenn man annähme, „daß die Reichsregierung diese Versammlung ihren Interessen widersprechend gesunden hätte,“ habe überdies selbst, „was noch befremdlicher sei“, in der letzten Zeit Reisen in Deutschland und Oesterreich gemacht. „Für denjenigen, der das Mißtrauen der deutschen Regierung und Polizei kennt, scheint die Sache noch unbegreiflicher. Eine Duldsamkeit dieser Art von Seiten der österreichischen Regierung ist aber noch unerklärlicher. Welches sind die wirklichen Tendenzen der „Verner Tagwacht“? Es ist außerordentlich schwierig, das zu sagen. Sie nimmt jetzt eine neue Haltung gegenüber den französischen Sozialisten ein und tadelt sie, nachdem sie sie gelobt hat.“

Der Schlussatz ist so unrichtig, wie die vorangehenden persö. Die „Verner Tagwacht“ hat die Kritik der französischen Parteilastik nie in einem anderen Geiste geführt und nie darauf verzichtet. Wenn diese Kritik in der letzten Zeit mehr in den Vordergrund getreten ist, hängt das natürlich mit der leidigen Tatsache zusammen, daß sich vor allem in der französischen Parteilastik jene Kräfte konzentrieren, die dem internationalen Einvernehmen der sozialistischen Parteien heute im Wege stehen. Es ist aber klar, daß das plötzliche Interesse des „Temps“ an der Stellung eines Schweizer sozialistischen Blattes dem Zweck entspricht, die französische Rinderheit in Frankreich zu kompromittieren. Es ist indes ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten. Die französischen Arbeiter, die die Befreiungsdeklamationen der Kriegsprediger immer mehr satt bekommen, werden manchen Melodien der „Humanität“ und der „Bataille“ nicht mehr Gehör abgewinnen, wenn die Vassio der Finanzpresse ihren Grundbaß dazu geben.

Trinksprüche Briands und Salandras.

Rom, 12. Februar. (W. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Bei der Tafel in der französischen Botschaft brachte Briand den folgenden Trinkspruch aus: Ich bin besonders glücklich, Herr Präsident, den Leiter und die Mitglieder der königlichen Regierung in diesem Hause Frankreichs empfangen zu können, in dem so oft die Interessengemeinschaft und die Brüderlichkeit unserer beiden Völker bekräftigt worden sind. Ich beglückwünsche mich ebenso wie meine Kollegen zu dieser Gelegenheit, die uns die gegenwärtigen schweren Zeiten bieten, mit Ihnen unsere Ansichten auszutauschen und unsere Entscheidungen in Uebereinstimmung mit einander zu bringen, um auf allen Gebieten unteren gemeinsamen Anstrengungen ihre volle Wirksamkeit zu verleißen. Durch diese Verbindung, die mit jedem Tage enger wird, wird die Mannigfaltigkeit unserer militärischen Unternehmungen und unter wirtschaftlicher Kampf gegen unsere Feinde in allen Städten zur Einheit des Handels, die eine sichere Bürgschaft des Sieges ist. Ich bitte Eure Excellenz für sich selbst und die Mitglieder der königlichen Regierung den Ausdruck der Wünsche entgegenzunehmen, die uns für die Größe Italiens und für den Ruhm seiner tapferen Armees befehlen.

In Erwiderung auf den Trinkspruch Briands sagte Salandra: Herr Präsident! Mit lebhafter Genugtuung wiederhole ich mit Ihnen die Versicherung, daß der seit gestern mit Eurer Excellenz und den hervorragenden Persönlichkeiten Ihrer Begleitung gepflogene Gedankenaustausch nicht verfehlen wird, uns dem wesentlichen Ziel, die unumgänglich notwendige Einigkeit in dem Vorgehen der alliierten Regierungen zu erreichen, immer näher zu bringen. Unsere Aufgabe wird insbesondere durch die Tatsache erleichtert, daß der freundschaftlichste Geist in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern obwaltet, die, indem sie unter schwierigen Verhältnissen die Bande ihrer ruhmreichen Klasse befestigt haben, zu allen Opfern bereit sind, und ihre Anstrengungen auf dem Wege bereinigt haben, der sie zum Siege führen wird.

Die italienische Partei und die Kriegsanleihe.

Aus Rom wird uns geschrieben: In der Provinz Reggio Emilia hat sich, wie in den meisten italienischen Provinzen, ein Komitee gebildet, das für die neue Kriegsanleihe Propaganda macht. Unter dem Aufruf dieses Komitees fanden sich auch die Namen der sozialistischen Abgeordneten Soglia und Zibardi, des Bürgermeisters von Reggio, Genossen Roberti, und des Präsidenten des Provinzialrates, Genossen Mazzoli. Die sozialistische Föderation der Provinz hielt nun dafür, daß die Unterszeichnung des Aufrufes nicht in Einklang zu bringen sei mit der Haltung der Partei und den Beschlüssen ihres Vorstandes und forderte die Genossen auf, ihre Unterschrift zurückzuziehen und aus dem Komitee auszutreten. Während die beiden Abgeordneten und der Bürgermeister Roberti in der Sitzung selbst erklärten, sich diesem Beschlusse ihrer Organisation zu beugen, zog Mazzoli es vor, alle

keine öffentlichen Ämter und also auch die Präsidentschaft des Provinzialrates niederzulegen. Dadurch schied er automatisch auch aus dem Propagandakomitee für die Kriegsanleihe aus. Nun hat aber die provinzielle Parteiorganisation Mazzoli aufgefordert, alle Parteiamter weiter zu bekleiden und nur aus dem Propagandakomitee für die Anleihe auszutreten, welcher Forderung sich der Genosse mit der in Reggio Emilia üblichen Diszipliniertheit ohne Widerrede gebeugt hat. Es ist beachtenswert, daß die Parteiorganisation der Provinz gegen die Beteiligung leitender Sozialisten an den Organisationen für Kriegshilfe nie etwas eingewendet hat.

Eine Duellforderung.

Mailand, 12. Februar. (W. L. V.) Der Unterstaatssekretär des Krieges, Generalmajor Elia, hat den sozialistischen Abgeordneten Maffi gefordert. Maffi lehnte ab und verwies auf den gerichtlichen Weg. Nach dem „Corriere della Sera“ hat ein Artikel Maffis im „Avanti“ über eine Unternehmung angelegentlich die Forderung veranlaßt.

Vern, 12. Februar. (W. L. V.) Aus dem jetzt vorliegenden „Corriere della Sera“ geht hervor, daß Generalmajor Elia nur der Ueberbringer der Forderung an den sozialistischen Abgeordneten Maffi für Generalleutnant Teltoni war.

Der Jungbrunnen Krieg.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Am 8. Februar hat Lloyd George in einer Versammlung von 2000 Munitionsarbeitern — es war eine Fabrikversammlung unter Vorsitz des Direktors — eine Rede gehalten, worin er sagte: „Seid Ihr schon Leuten begegnet, mit denen Ihr vor dem Krieg bekannt waret und die Dienst genommen haben? Sie waren zahl und schlapp gewesen, schwächlich, gebüht und träge und gut zu nichts und zu niemand, nicht einmal zu sich selbst. Ihr begegnet ihnen sechs Monate nach der Enderufung wieder. Die Schlappheit ist geschwunden, die Gebühtheit ist vorbei. Sie sind von der Sonne gebräunt, vom Wetter gebräunt. Ihr Muskelgewebe ist fest. Sie stehen aufrecht, blicken gerade aus — sie sind verwandelt. Dieser Mann heißt John Bull. Er ging gebüht, er wurde schlapp, er wurde zu fett. Er war träge und schleppte sich herum. Der Krieg ist gekommen und sehet ihn jetzt: Seine Muskeln sind fest wie nie, er ist sehnig und stark. Er schlägt fest drein und bricht sich seinen Siegedweg. John Bull ist ein Jüngling; der Krieg hat ihn verjüngt.“

Die liebliche Parabel, die der englische Minister da erzählt hat, hat man auch in anderen Sprachen vor und im Krieg gelesen und gehört: der Krieg als Stahlbad, als Jugendheiligtum usw. Wir müßten uns indes sehr täuschen oder aber immer größere Massen hören überall solche gewissenlose Proklamationen mit wachsendem Ekel und Jörn an. Ist nicht die Weltlichkeit da, die Geschichtlichkeit wie das Lloyd Georges blutig widerlegt — in ihrer unmittelbaren Schilderung wie in ihrer symbolischen Bedeutung. Die Nation soll durch den Krieg jung und gesund werden — wie die Männer, die ins Feld gezogen sind und mit frischen Wangen frohgemut auf Urlaub heimkommen. Und diejenigen, die — nicht heimkommen, nie mehr heimkommen werden? Und die Hunderttausende, die heimkommen — als Krüppel, Blinde, Sieche? Die Parabel des Ministers ist schlecht! Sie widerlegt ihren Sinn durch ihre Sinnbilder. Würde John Bull wirklich verjüngt, welches Glück wäre dann der Krieg für England, Welches Verbrechen aber auch der Kampf gegen den Militarismus — der doch angeblich der Inhalt dieses Krieges sein soll! Denn dann müßte es, zum Heil der Völker, Krieg in alle Ewigkeit geben, als Schutz gegen Verroßung und Verschlappung!

Es mag sein, daß Lloyd George die Dinge, die er gesagt hat, gar nicht wirklich glaubt, sondern nur, da der Krieg einmal da ist, zur Stimmungsmache für möglich hält. Aber solche Reden machen die Haltung der Unabhängigen Arbeiterpartei und der bürgerlich-radikalen Friedensfreunde in England begreiflich, die davon ausgehen, daß, wer einmal dem Militarismus einen Finger reiche, ihm bald die ganze Hand lassen müsse. Die Frage der Verantwortlichkeiten in geschichtlichen Kreisen bleibt immer schwierig und voll Gefahren. Denn die Funktion schafft ihr Organ und die bittere Notwendigkeit gebiert leicht die süße Phrase.

England auf dem Wege zum Schutzoll?

„Times“ vom 3. Februar berichtet: Als parlamentarische Druckfrage erkläre am 2. Februar ein äußerst wichtiger Bericht über Maßnahmen zur Sicherung gewisser britischer Industriezweige nach dem Kriege“. Der Bericht wurde von einer Unterkommission des „Beratenden Komitee beim Handelsamt“ herausgegeben. Das Komitee empfiehlt Schutzoll für gewisse Industrien, vernünftige Einfuhrzölle auf breiter Basis, Schaffung eines besonderen Handelsministeriums und eine größere Anzahl weniger wichtiger Neuerungen.

Das Komitee schlägt zunächst folgende Vorschläge vor:

Papier	15 Proz. vom Werte
Druckmaschinen	33 1/3
Silberarbeiten	15
Metzwaren	10-20
Lebendwaren	33 1/3
Glaswaren für Tafel- und Beleuchtungs-zwecke	Vollständiges Verbot für deutsche und österreichische Waren für die Dauer von 3-5 Jahren, alsdann 33 1/3 Proz. vom Werte
Optisches und chemisches Glas	25-30 Proz. vom Werte für 5 Jahre
Gewöhnliches Glas	10-15 Proz. vom Werte
Glasflaschen	5
Porzellan- und Tonwaren	20
(Fantasiewaren teurer)	
Spielezeug, außer mechanischem	25-30 Proz. vom Werte
„ „ „ mechanisches	Aboluter Prohibitivzoll
Wurstwaren	15 Proz. vom Werte
Magneten für Motoren	33 1/3

Die Liste ist vorläufig ganz unvollkommen und soll nach weiteren Erhebungen ausgebaut werden.

Bergarbeiterkonflikt in Südwales.

London, 11. Februar. (W. L. V.) Die „Morning Post“ meldet aus Cardiff: Im Kohlengebiet von Südwales ist ein neuer Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ausgebrochen, und zwar über die Frage der Sonntagsarbeit. Der Arbeiterführer Vernon Hartshorn äußert sich darüber in der „Südwales Daily News“, er wünsche dringend, daß die Arbeit im Kohlengebiet ungehindert fortgehe, aber er mache die Grubenbesitzer darauf aufmerksam, daß jeder Versuch, die Arbeiter zur Sonntagsarbeit zu zwingen, sofort die Arbeit im Kohlengebiet zum Stillstand bringen würde. Die Arbeitgeber möchten diese Warnung beherzigen.

Spanische Sympathieumgebung für Deutschland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über eine spanische Sympathieumgebung: Nach Mitteilungen aus Madrid hat die dortige Zeitung „Tribuna“ nunmehr die Veröffentlichung der bis Mitte Januar eingegangenen Zeichnungen für das Manifest spanischer Intellektueller zugunsten Deutschlands, über das vor einigen Wochen berichtet worden ist, abgeschlossen. Die damals angegebene Zahl von Unterschriften ist auf etwa 15 000 gestiegen. Unter diesen befinden sich: 283 Universitätsprofessoren, 144 Gelehrte, 308 Schriftsteller und Journalisten, 144 Künstler, 706 Ärzte, 1285 Juristen, 461 Ingenieure, 472 Lehrer.

Mit besonderer Freude kann begrüßt werden, daß die gesamte spanische Presse der Sympathieumgebung für Deutschland wohlwollend gegenübersteht, während seinerzeit ein frankophiles Manifest, das nur eine geringe Anzahl Unterschriften vereinigte, in der Presse und bei der Bevölkerung allgemeinen Widerspruch gefunden hatte.

Eine interessante Diskussion.

In der ehemals marxistischen Petersburger Monatschrift „Sowremennij Mir“, die sich seit Kriegsbeginn auf den Boden eines eigenartigen russischen Nationalsozialismus gestellt hat, unterwirft Genosse N. Kojfow den bekannten Aufruf Plechanows, Alexinskis, Bunakows u. a., für dessen weiteste Verbreitung die russische bürgerliche Presse angelegentlich gesorgt hat, einer ziemlich scharfen Kritik. Kojfow selbst, früher ein bekannter Vertreter der Lenin-Richtung, hat während der Kriegszeit einen wesentlich anderen Standpunkt als die Zentralinstitutionen und zahlreiche Organisationen der russischen Sozialdemokratie eingenommen und sich in seiner Auffassung des Krieges sehr dem Standpunkt Plechanows genähert. Aber selbst ihm geht der für die Organisation der Nationalverteidigung und die Einstellung des revolutionären Klassenkampfes eintretende Aufruf der Plechanow-Gruppe viel zu weit. Er wirft den Verfassern des Aufrufs vor, sie hätten bei der Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg und in der Frage der Garantien für die Selbstständigkeit des Volkes bei der Organisation der Nationalverteidigung vieles verschwiegen und im Unklaren gelassen. Er ist ferner mit den Verfassern des Aufrufs nicht einverstanden, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter während der Kriegszeit eingestellt werden müsse. Endlich polemisiert er heftig gegen die in dem Aufruf enthaltenen Ueberhebungen hinsichtlich der Eroberungspläne Deutschlands. Im besonderen bezeichnet er die — auch im erwähnten Aufruf enthaltene — Behauptung, Deutschland wolle nach Angliederung russischer Territorien die ansässige Bevölkerung von dort entfernen und die Gebiete mit deutschen Kolonisten besiedeln als „Ammenmärchen“ und „Kinderjargon“.

Die Redaktion des „Sowremennij Mir“ verteidigt den Aufruf gegen die „harte und strenge“ Kritik Kojfows. Auch die bürgerliche Presse nimmt den Aufruf der Plechanow-Gruppe gegen jede Kritik in Schutz.

Randbemerkungen.

In einem also betitelten Artikel der Münchener Zeitschrift „März“ lesen wir:

Zu allen Zeiten haben auch die unterlegenen Feldherren Siegesnachrichten gemeldet, das Eigentümliche dieses Krieges ist aber, daß, wo es sich nicht um ganz große Dinge, wie die Sündenburgschlacht, handelt, die Generalstabe aller kriegsführenden Nationen gegeneinander öffentlich polemisieren, ihre Erfolge herausstreichen und durch solche Darlegungen den Nachweis erbringen wollen, welche Bedeutung ihren Operationen eigentlich zukommt. Offenlich ist es nicht auch beim Friedensschlusse so, daß die verfeindeten Nationen in der Lage sind, sich herauszurechnen, daß sie eigentlich die Gewinnenden gewesen sind.

Als Träger des italienischen Chauvinismus tritt deutlich Mailand hervor, die entwickelteste, reichste, industriellste Stadt Italiens. In Deutschland erscheinen die beiden typischen alldeutschen Blätter in Essen und Leipzig, also in Rheinland-Westfalen und in Sachsen, den Hauptzentren der deutschen Industrie. In England gilt Birmingham, der Sitz des alten Chamberlain, als Hauptort der panbritischen Bewegung. Also nicht Rom, Berlin, London, sondern die Hauptorte der Massenindustrien. Das kann uns doch manchen Fingerzeig geben.

Unsere Presse hat es jetzt sehr schwer — wenig Inserate, Schwierigkeiten in der Herstellung (Zensur). Sie sucht sich durch Einzelverkauf schadlos zu halten und muß deshalb sehr Ueberheben machen, die auftragen. Die Presse aller Länder trägt übrigens jetzt ein ganz einheitliches Gesicht. Die deutsche ist partheiisch-moralisch, will stets beweisen, daß der Gegner auch sittlich nichts taugt; die österreichische ist räumredig und etwas leichtsinnig, die französische hysterisch und ziemlich kindisch (weder sich stets ein, daß jede glückliche Einzelaktion besondere Herzenswünsche unseres Kaisers bereitet habe), die englische ist bewußt „altrömisch“.

Viel Kopfschütteln hat es erregt, daß bei uns und bei den Feinden, ebenso auch bei den sogenannten Neutralen, die Korpsphären in Kunst und Wissenschaft es so leicht mit ihren Kriegsaussagen und Unterschriften unter allen möglichen Aufrufen nahmen und so viel Belangloses oder Boreiliges mit ihrem Namen dedien. Es schien dies auch eine Kriegssymphonie. War denn das aber im Frieden anders? War denn auch da nicht die Unterschrift eines großen Gelehrten und Künstlers ohne weiteres für jeden Aufruf zu erlangen, auch wenn dessen Inhalt den Interessen und dem Gesichtskreise des Unterscheidenden so fern wie möglich lag?

Kriegsbekanntmachungen.

Einschränkung der österreichischen Feldpostbeförderung.

Wien, 12. Februar. (W. L. V.) Die Annahme von Privatfeldpostpaketen ist fortan für die österreichisch-ungarischen Feldpostämter 9, 16, 34, 45, 46, 49, 95, 99, 103, 140, 151, 168, 170, 187, 190, 210, 211, 227, 228, 229, 280, 283, 284, 290, 291, 294, 295, 300, 307, 308, 315, 316, 317, 319, 331, 336, 327, 338 und 339 eingestellt worden. Daher dürfen auch bei den deutschen Postanstalten Pakete für österreichisch-ungarische Heeresangehörige, die diesen Feldpostämtern zugeteilt sind, bis auf weiteres nicht angenommen werden.

Letzte Nachrichten.

Ankunft deutscher Zivilgefangener aus Frankreich in Genf. Genf, 12. Februar. (W. L. V.) Gestern Abend ist hier ein Zug mit 309 deutschen und 131 österreichischen Zivilgefangenen aus Frankreich angekommen.

Ein italienischer Dragoman von den Bulgaren verhaftet. Lugano, 12. Februar. (Z. L.) Dem „Corriere della Sera“ wird aus Saloniki gedrahlet: Die Bulgaren verhafteten in Plovaia den Dragoman des italienischen Konsulats namens Binetta, einem geborenen Krzowalachen, den sie nach Sofia transportierten.

Gewerkschaftliches.

Resultatlose Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Unter dem Vorsitz des Direktors vom Reichsamt des Innern, Erzellenz Caspar, verhandelten am 11. und 12. Februar die am Reichsstarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Organisationen im Reichsamt des Innern in Berlin über eine unveränderte Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Tarifvertrages und über eine Teuerungszulage.

Nach einer kurzen Einleitung des Herrn Vorsitzenden über die Bedeutung, die der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe erlangt hat und über den hohen Wert, der darin liegt, auch während der Kriegszeit das Baugewerbe vor wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren, wurde in die Verhandlung eingetreten, die leider einen Erfolg nicht gezeitigt hat!

Der Arbeitgeberbund erklärte sich bereit, den Vertrag bis zu 6 Monaten nach Friedensschluss zu verlängern. Von Vertretern der Arbeiter wurde dagegen die Einwendung erhoben, daß niemand das Ende des Krieges auch nur annähernd bestimmen könne; ebensowenig sei nicht vorauszu sehen, welchen Verlauf die seit langer Zeit bestehenden und sich immer steigenden Teuerungsverhältnisse nehmen werden. Daraufhin wurde die Entschliebung, den Vertrag bis zu 6 Monaten nach Friedensschluss zu verlängern, dahin abgeändert, daß ein bestimmter Termin festgesetzt wurde, und zwar der 31. März 1917. Jedoch soll der Vertrag auf ein weiteres Jahr gelten, wenn nicht am 31. Dezember 1916 Frieden geschlossen ist.

Bei der Verabreichung der Teuerungszulage machten die Unternehmervertreter verschiedene Einwendungen gegen die Notwendigkeit einer Teuerungszulage. Schließlich ließen sie sich aber doch davon überführen, daß eine solche absolut notwendig sei, und sie erklärten ihr Einverständnis zu einer Stundenlohnzulage von 3 Pf. für Orte bis zu 5000 Einwohnern; für Orte mit neunstündiger Arbeitszeit soll ein Lohnzuschlag von 5 Pf. und für solche mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit ein Zuschlag von 4 Pf. pro Stunde gewährt werden.

Die Arbeitervertreter gaben zu verstehen, daß sie infolge der Teuerungsverhältnisse, deren enorme Steigerung selbst vom Staatssekretär des Innern anerkannt worden ist, ein erheblich größeres Entgegenkommen erwartet haben. Das niedrige Angebot der Unternehmervertreter könnten sie bei ihren Mitglie d e r n schwer vertreten. Dies sei um so schwieriger, weil bekannt sei, daß die Arbeitgeber bei Staatsarbeiten oder in sogenannten Kriegsorten seit Kriegsdauer erhöhte Preise erhalten, in die auch Lohnzuschläge für die Arbeiter einfließen worden sind. Die Tatsache, daß trotz der bisherigen strikten Weigerung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, seinen Mitgliedern die Gewährung einer Teuerungszulage zu gestatten, habe in den Kreisen der Bauarbeiter ein tiefgehende Bitterkeit erzeugt. Dennoch haben zahlreiche Arbeitgeber ihren Leuten in ver strekter Form bereits eine höhere Zulage gegeben, als sie hier angeboten werde. Schließlich erhöhten die Arbeitgeber ihr Angebot in allen Fällen um einen Pfennig und ließen durchblicken, daß die Arbeiter auch durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Akkordarbeit zu größeren Einkommen gelangen können. Eine Ausflucht, auf die sie seit dem aufgetauchten Verlangen der Arbeiter nach Teuerungszulage verfallen sind und womit sie anscheinend auch an einigen Orten Glück gehabt haben, indem sie um die Zahlung einer Teuerungszulage herumgekommen sind.

Die Arbeitervertreter aller Organisationen ließen erklären, daß sie auch das erhöhte Angebot bei ihren Mitgliedern nicht vertreten können, daß sie aber zu weiterer Verhandlung gern bereit sind, sobald es von irgendeiner Seite gewünscht wird, daß hierzu aber ein anderes Angebot als das heutige vorliegen müsse.

Damit waren die Verhandlungen beendet.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kohlennot in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die unerschwinglich hohen Kohlenpreise haben am 27. Januar in Sizilien zu einer Maßnahme geerdnet, die, falls sie nicht ganz

vorrübergehend sein sollte, die allerernsten Folgen haben muß. Die Schwefelbergwerke der Insel sind sämtlich geschlossen worden. Dadurch werden rund 100 000 Arbeiter brotlos. Die Maschinen zur Förderung des Schwefels sind auf Kohlen als Brennmaterial angewiesen; bei den heutigen Kohlenpreisen, die wieder durch die phantastische Höhe der Seiffrachten bedingt sind, ist die Ausbeutung der Gruben nicht weiter rentabel, so daß die Unternehmer sie einstellen. Die Maßnahme bezweckt natürlich eine energische Preissenkung auf die Regierung, aber die Regelung der Seiffrachten hängt nur in sehr geringem Umfange von der italienischen Regierung ab. In dieser Frage hat die englische Regierung das große Wort zu sprechen. Durch die hohen Seiffrachten kommen die Kohlenpreise auf 200 Lire pro Tonne und darüber, bei denen fast jede Industrie konkurrenzunfähig werden muß. Die italienische Handelsflotte ist schon in Friedenszeiten nicht imstande, allein den Anforderungen des Landes zu genügen, wie viel weniger heute, wo ein Teil der Schiffe militärisch requiriert ist und die Bedürfnisse der Einfuhr zur See in dem Maße gestiegen sind, als die Einfuhr aus Mitteleuropa zurückgegangen ist. Die italienische Regierung hat daher zunächst die 21 österreichischen Kaufahrtsfahrer requiriert, die sich bei Ausbruch des Krieges in italienischen Häfen befanden. Weiter hat man in diesen Tagen auch die deutschen Dampfer requiriert, 36 an der Zahl, mit einem Bruttotonnagegehalt von 153 000 Tonnen, für welche Dampfer am Ende des Krieges die Vacht an die entsprechenden Heber entrichtet werden wird. Es wurden so insgesamt 225 000 Tonnen gewonnen, nicht genug, um erfolgreich die Preisbildung der Frachten zu beeinflussen. Weiter hat das Ministerium die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, den sizilianischen Grubenbesitzern Kohle unter dem Marktpreise zur Verfügung zu stellen. Es heißt, daß internationale Maßnahmen nicht bevorstehen. Einstweilen hat der Ministerrat ein Dekret ausgearbeitet, das die Verwertung elektrischer Kraft zu industriellen Zwecken begünstigen soll, indem es die Benutzung der Wasserkräfte und die Inbetriebnahme von Fernleitungen zuläßt, auch ebe die juristischen Schwierigkeiten, die sich aus den Eigentumsverhältnissen ergeben, gelöst sind. Des weiteren ist überall der Gasverbrauch für die öffentliche Beleuchtung beschränkt worden. In Erwartung radikaler Maßnahmen steht heute für Italien das Problem der Kohlenbeschaffung im Mittelpunkt des Interesses; es ist geradezu die Zentralfrage des italienischen Wirtschaftslebens.

A. Wertheim GmbH. Frühjahrs-Hüte.

- Moderner Straßenhut aus Kunstseide mit Strohhutrand u. Rosentuff 8.50
- Elegante Rembrandtschute mit handgenähter Bortenkrempe und Rosentuff 11.50
- Borten-Rundhut zweifarbig mit Blumentuff 14.50
- Kleine Straßenform handgenäht aus Tagal, mit Seidenband 17.50
- Kleine Straßenform handgenäht mit Flügel oder Spitzen-Garnitur 17.50



- Kleidsamer Rundhut aus Seidenrips, mit handgenähter Strohkrempe, Bandroselle oder Blumentuff 19.50
- Seitl. ausgeschl. Phantasieform aus Seide und Borte, handgenäht, mit pastellfarbigem Band 22.50
- Großer Rundhut handgenäht, mit elegantem Spitzenschleier und Blumentuff .. 26.50
- Ungarnierte Hüte in neuesten Litze * Stroh * Tagal * Pedal

Hutgarnituren.

- Phantasie-Schleife ... 50 Pf.
- Kleiner Doppelflügel .. 75 Pf.
- Moderner Schwerflügel ein- und zweifarbig 1.25
- Phantasieplatte mit Fuchsheer 1.50

- Straußfedernköpfe in moderner Form 2.90
- Straußfedern-Gestecke modern, eventuell ... 4.25 10.75
- Reinseidenes Band farblich, etwa 20 cm breit .. Mfr. 75 Pf.

Modernes gesticktes Ripsband 1.65
ca. 9 cm breit .. Meter

- Primelband, 36-teilig .. 25 Pf.
- Sammetvergüßmeinnicht 40 Pf.
- Vergüßmeinnicht mit Röschen gemischt 50 Pf.
- Dreite liger Röschentuff 35 Pf.

- Große Rose mit Laub 65 Pf.
- Seidenrosentuff pa tellarbig, mit Laub 95 Pf.
- Röschenstrauß hochschend, pasteljarbig Stiefmüt' erchen
- Ranke mit Laub ... 75 Pf. 1.35

Große Auswahl in modernen Schleiern

Damen-Paletot

offen und geschlossen zu tragen, mit Gürtel, aus bedeckt. Tuch (lover Coating) 36.75

Jacken - Kleid

blau Cheviot, Rock u. Blusenjacke, Jacke m. Halbschleie gefüttert, Rock mit Täschchen 45 M.

Blusen - Jackenkleid

blau Kammgarn-Cheviot, Glockenrock m. Täschchen, Jacke m. Halbs. gefüttert u. bekurbelt 63 M.

nur Leipziger Straße

Feine Damen Halbschuhe

schwarz und farbig

9,50 10,75 11,50

Die sozialistische Kriegsliteratur im Spiegel der Zentrumswissenschaft.

Die Dezembernummer der „Sozialen Kultur“ (M. Glöckner, Volkvereinsverlag), der wissenschaftlichen Zentrumswissenschaft, enthält ein Sammelreferat von Berger über die sozialistische Kriegsliteratur. Es ist für uns natürlich interessant, gerade in der jetzigen Zeit aufgeregter Diskussionen das Urteil von Männern kennen zu lernen, die in ihren ganzen Grundanschauungen im vollsten Gegensatz stehen zu dem, was die deutsche Sozialdemokratie bis zum Kriegsausbruch war und sein wollte, und die bis dahin auch stets politisch die Partei des Klassenbewußten Proletariats leidenschaftlich bekämpften.

Dr. Berger bemerkt zunächst, die Maßstäbe, die man vor Kriegsausbruch an die sozialdemokratischen Hauptrichtungen und ihre Vertreter anzulegen pflegte, seien völlig unbrauchbar geworden. Er versucht deshalb selbst eine eigene Einteilung der Parteidirectionen während der Kriegszeit.

Als erste Gruppe behandelt er die „Neulassalleaner“. Er zitiert das bekannte Wort Bismarcks von der „nationalen und monarchischen Bestimmung“ Vossiales und fährt dann fort:

„Diese nationale und monarchische Bestimmung befehle auch das Gros der deutschen Arbeitermassen; die pädagogischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründe dafür sind hier nicht zu untersuchen, sie sind aber in Vossials Archiv in den Abhandlungen von A. Winnig und B. Kampfmeier in Laxer und scharfer Fassung zu finden.“

Die Vertreter dieser Gruppe, die wir Neulassalleaner nennen möchten, sind von nationaler Bestimmung durchdrungen und stellen sich in diesem Kampfe des deutschen Volkes um seine Existenz in Reich und Glied mit ihren übrigen Volksgenossen. . . .

Unter den Lassalleanern unterscheidet Berger wieder „die Idealisten“, „die Politiker“ und „die Gewerkschaftler“. Zu der ersten Untergruppe rechnet er vor allem Heinrich und Heine. Von Heinrichs Broschüre „Der Krieg und die Sozialdemokratie“ sagt er, sie „feiere, von nationalem Geist durchdrungen, mit dem tiefsten Fühlen und Empfinden eines Romantikers niedergeschrieben, den großen deutschen Volkstempel.“

„Wie demselben tiefen nationalen Empfinden“, fährt er fort, „ist auch sein Väterlein „Gegen Frankreich und Alban“ niedergeschrieben; eine herrliche Form und gewandte Darstellungsweise zeichnen es nicht minder aus als ein umfassendes Sachwissen in die erörterten Kriegsfragen und ein verständnisvolles Eingehen auf das Volksempfinden. Spricht aus der ersten genannten Broschüre der deutsche Heinrich zu uns, so ist aus der zweiten der sozialdemokratische Autor kaum oder überhaupt nicht mehr zu erkennen.“

Von Heine heißt es:

„Durch seine herrliche Sprache, sein tiefes nationales Empfinden, sein unerschrockenes und selbstloses Eintreten in Wort und Schrift für die Einheit der deutschen Nation, das durch keinerlei Befehdung und Befehdung zum Stillstand zu bringen ist, erinnert Wolfgang Heine vielfach an Heinrich. In seinem Broschüren „Kultur und Nation“ feiert er begeistert die deutsche Kultur, die „zu reiten unsere Pflicht ist als Deutsche und als Menschen.““

Zu den „Politikern“ rechnet Berger die Genossen Kolb, David und Heine mann. Von Kolb sagt er:

„Das abgeklärte Urteil, der ideale Schwung und die akademischen Mäuren Heines gehen ihm zwar ab, doch offenbart seine heuchlerischen Broschüre „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ den scharfen Beobachter, rücksichtslosen Kritiker und konsequenten Politiker.“

Ueber Davids Viefelfelder Rede und das Buch „Sozialdemokratie und Vaterlandverteidigung“ fällt Berger das folgende Urteil:

„Was letzteres ausführt, enthält die Viefelfelder Rede in nocce. Die Grundtendenz, Verteidigung und Begründung der Diktatur und Politik der Reichstagsfraktion, ist in beiden dieselbe, die Nebenabsichten aber sind verschieden. Die Rede will die Massen überzeugen und Massenwirkung auslösen, weshalb sie der Volksstimme in kluger Weise Rechnung trägt, was namentlich bei der Erörterung des Kriegszweckes im Innern, des Friedenszweckes und der

Friedensfragen klar zutage tritt. In seiner Abhandlung über die Sozialdemokratie im Weltkrieg aber trug David mit großem Fleiß Material zusammen, um nachzuweisen, daß die Politik des 4. August kein Bruch mit den sozialdemokratischen Grundätzen und kein Verrat an der Internationale war, womit gleichzeitig der Opposition den Boden unter den Füßen weggezogen unternommen wird. Dieser Versuch ist äußerst geschickt und mit gewaltiger Ration durchgeführt, weshalb der heftige Gegenangriff Kautskys in der „Neuen Zeit“ wohl begründlich erscheint. Die landigsten und grandigsten Kiesel und Steine schleuderte da der allerdings nicht mehr kleine David, wenn er auch in vornehmer Weise ihre Namen nicht nannte, gen Kautsky und Bernstein, denselben Eduard Bernstein, dessen „Vorlesungen“ er auf dem Parteitag zu Hannover (1909) so glänzend verteidigt hatte. Bernstein erhält durch Dr. David bestätigt, daß es Menschen sind, die „Köpfe haben“, welche die Geschichte machen, und Dr. David scheint für jetzt den klügeren Kopf zu besitzen; sein Eingehen auf die realen Verhältnisse, sein Verständnis für die Entscheidung der Massen bei Kriegsausbruch und während des Krieges, die ganze Anlage seines Buchs und die zielbewußte und zweckmäßige Ausarbeitung der einzelnen Kapitel, die alle Vorzüge eines guten Advokaten manifestiert, sowie die Reaktion der Opposition auf Davids Ausführungen begründen dies bestens.“

Unter den Gewerkschaftlern hebt Berger an erster Stelle Kautsky hervor, von dem er sagt, er sei mit dem deutschen Idealismus und der Politik der deutschen Sozialdemokratie wohl vertraut an das Problem „Vaterland und Sozialdemokratie“ herantreten. Von dieser Schrift selbst erklärt er, sie „gehöre mit zu dem Besten, was auf dem sozialistischen Kriegsbüchermarkt erschienen ist; sie verdiene weitgehende Verbreitung und eingehende Beherzigung.“

In diesem Zusammenhang fällt auch besonderes Lob auf das „Correspondenzblatt“ und die „Internationale Correspondenz“.

Zu einer zweiten Hauptgruppe der „Imperialisten“ vereinigt Berger die Genossen Haenisch, Lensch und Cunow. Nachfolgend die Beurteilung, die ihre Schriften durch Berger erfahren.

„Die Ergebnisse der deutschen Sozialdemokratie bei und nach Kriegsausbruch sowie die sich daraus ergebenden Erkenntnisse des modernen Kapitalismus und Imperialismus erschütterten auch bei einem Teil früherer „radikaler“ Genossen den alten Glauben an Marx und den Marxismus ganz oder doch in solchem Grade, daß sie aus dem marxistischen Lager der Opposition zur Reaktionsmehrheit sich hinwandten und die Kriegskreditbewilligung durch Wort und Schrift verteidigten. Den größten Schritt von links nach rechts hat von den hier in Frage stehenden sozialdemokratischen Führern wohl Konrad Haenisch getan, wie sein Broschüren „Krieg und Sozialdemokratie“ im Vergleich mit früheren Auslassungen des selben Autors ausweist. . . . Die eigentlich imperialistischen Ideen und Motive Haenischs kommen in seinen Agitationsreden und seiner jüngsten Agitationschrift „Wo steht der Hauptfeind?“, die eine Reihe trefflicher Bemerkungen über den britischen Imperialismus enthält, weit mehr als in den beiden zuerst genannten Broschüren zum Ausdruck.“

Dagegen steht der Imperialismus im Mittelpunkt der Broschüre, die von Dr. Paul Lensch über „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ verfaßt ist. Die imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren, besonders die Englands, wird eingehend untersucht und deren Entwicklungstendenzen wurden aufgeleitet, wobei interessante Details mit unterlaufen, die das Schriftchen zu einer anziehenden Lektüre gestalten, wenn auch die historischen und ökonomischen Entwürfe und Folgerungen mitunter lebhaften Widerspruch provozieren. Immerhin ist die Abhandlung, als Ganzes betrachtet, sehr instruktiv und lesenswert.“

„Ungleich bedeutungsvoller für die künftige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie erscheint „ein offenes Wort zum innern Parteistreit“ von Heinrich Cunow, das unter dem Titel „Parteiessensammendruck“ bei Paul Singer in Berlin erschienen ist. Diese Broschüre ist für den Theoretiker die instruktivste Schrift der gesamten sozialdemokratischen Kriegsliteratur, dem Politiker zeigt sie neue Wege und Arbeitsgebiete und dem Polemiker im rechtsliegenden sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager bietet sie reiche Ausbeute. Was über Ideologie und Geschichte und im Zusammenhang damit über die materialistische Geschichtsauffassung

und kapitalistische Wirtschaftsentwicklung gesagt wird, verdient höchste Beachtung im Hinblick auf die Entwicklung oder Umbildung und Wandlung des Marxismus selbst. Neomarxismus in Eichel Jedemfalls trüge derselbe, wie auch die Diskussion Cunow-Kautsky in der „Neuen Zeit“ beweist, einige Cunow'sche Charakterzüge. Der wirtschaftliche Imperialismus wird als eine geschichtlich notwendige Entwicklungsphase erkannt und anerkannt.“

Als eine dritte Hauptgruppe unterscheidet Berger „Die Internationalisten“, und in diese Gruppe muß er schmerzhaft den Genossen Bernstein einreihen, von dem er Besseres erwartet hätte. Allerdings hätten Äußerungen Bernsteins auch schon in den letzten Jahren vor dem Kriege einen aufmerksamen Beobachter ruhig machen müssen, so insbesondere sein in Budapest am 9. April 1914 gehaltenen Vortrag, in dem er vom bürgerlichen Radikalismus gesprochen habe, daß er politisch vermitteln, sozial ausgleichen wolle. Er sei für soziale Reformen, wolle aber keinen Klassenkampf, er folge dem Verhältnissen, führe sie nicht mehr. „Kein Zweifel“, fährt Berger fort, „daß zwischen dieser Auffassung Bernsteins und jener der freien Gewerkschaften und der Reaktionsmehrheit ein wesentlicher Unterschied besteht, der in der Tat auch alsbald nach Kriegsausbruch in die Erscheinung trat. Während jene in seinem Ringen mit der Ideologie sich entscheiden auf den nationalen Boden stellen, das Reich in seinem Existenzkampf nach beiden Kräften unterstützen und entschlossen scheinen, die „sozialistischen Errungenschaften“ der Kriegszeit durch praktische und reformistische Mitarbeit auch für die kommende Friedensära zu erhalten, sind Herz und Sinn des geistigen Vaters des Revisionismus mit der — Internationale beschäftigt.“

Neben Bernstein stellt Berger — Parvus. Von dessen programmatischem Artikel, der in der ersten Nummer der „Glode“ erschien, meint Berger, es sei schade, daß er „sonst an prächtigen Einfällen und auch anerkannter kritischer Leistungen reich, von einer Reihe offenkundiger Widersprüche durchsetzt ist. Ob dadurch und überhaupt durch „Die Glode“ die sozialistische Erkenntnis die angestrebte Tiefe „und ihren revolutionären Schwung“ erreicht, bleibt abzuwarten.“

Als vierte und letzte Gruppe behandelt Berger die Marginalen. Ueber Kautsky weiß Berger nur zu sagen, daß er in der Diskussion mit Cunow in der „Neuen Zeit“ nicht den wissenschaftlichen Sieg davongetragen habe und daß sein altes Programm auch sein neues sei. Wie wenig sich dieses aber durchführen lasse, sei wohl nirgends besser bewiesen als in den drei großen und instruktiven Monatsberichten Kautsky-Cunow, Kautsky-David und Kolb-Hilferding in der „Neuen Zeit“.

Viel energischer als Kautsky verfechtete die Gruppe Liebschnetz die marxistischen Ideen. Ueber Julian Vorwardt und seine „Lichtstrahlen“ meint Berger:

„Auch der Kritiker, der „sine ira et studio“ die „Lichtstrahlen“ beurteilt, wird schwerlich zu einer anderen Ansicht als die Generalkommission der freien Gewerkschaften kommen. Wir können ihr nur vollständig beipflichten.“

Ueber die von Zugemburg und Wehring herausgegebene „Internationale“ endlich wird folgendes Urteil gefällt:

„Wie sich die Herausgeber die „einigende, sammelnde und stärkende Kraft“ des Marxismus vorstellten, erhellt am besten aus der Tatsache, daß sie unentwegten und entscheidenden Kampf ansetzen der „Theorie des freiwillig übernommenen Einverständnisses“ (den Austro-Marxisten), den Marxisten, die nur noch „Bulgarefforen“ nationalsozialistischer Schriftsteller sind (Dr. R. Lensch), jenen, die wie Elefanten zornigen Mutes durch offene Türen in leere Zimmer rennen“ (Cunow), jenen, die ihre bisherigen Bestimmungsgenossen als „Quertreiber“ aus der Partei hinauswerfen wollten (Haenisch), und jenen, die, wie Kautsky, den Marxismus für den jeweiligen Tagesbedarf der Parteinrichtungen zum gefälligen „Wachsen für alles“ degradieren. Wie bei solcher Sachlage sich die „einigende, sammelnde und stärkende Kraft“ des Marxismus auf dem sozialdemokratischen Parteivorstand, den Parteiaussschuß, die Mehrheit der Reichstagsfraktion, die Generalkommission der freien Gewerkschaften äußert und zeigt, was diese marxistische „Welt im Inneren zusammenhält“, läßt sich leicht ausmalen. Doch viel Gelegenheit, dies aller Welt zu zeigen, hatte „Die Internationale“ nicht, da gleich das erste Heft von der Militärbehörde konfisziert und gleichzeitig die Vorgesur über die Monatschrift verhängt wurde, worauf die

Montenegrinische Zustände.

Von Hugo Schulz, Wien.

Cetinje, 27. Januar 1916.

Montenegro ist ein friedliches Land geworden. Nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Die Bevölkerung ist des Krieges überdrüssig bis zum Uebel. Ich habe mir vorgestellt, daß die Cemogorzen, denen ebenedem das Kriegsführen der eigentliche Zweck des Daseins zu sein jenen und die atavistische Kriegslust bewahrt haben wie kein Volk in Europa, die Waffenstreckung als tiefe Demütigung empfinden würden, und daß sich jeder Cemogorze aus Befriedigung darüber freude würde, Abschied von seiner Wut zu nehmen. Keine Spur davon! Es mag sein, daß an entlogenen Orten einer oder der andere die Waffe, die er als persönlichen Besitz betrachtet, versteckt oder versteckt hat, im ganzen aber haben die Montenegriner die Waffenstreckung nicht bloß gelassen hingelassen, sondern ich gewannen den Eindruck, daß sie die Schwere fast demonstrativ von sich warfen, um zu bekunden, wie überdrüssig sie des frühlichen Kriegeslebens seien, das für sie, vom Albaner-aufstand an gerechnet, sechs Jahre gewährt hat. Dr. Kamadonowitsch, der Verwaltungsdirektor des Königs, sagte mir, daß man eigentlich jedem montenegrinischen Krieger ein Denkmal setzen müßte, denn es gebe weit über alle Vorstellung, was jeder einzelne in den sechs Jahren an Leiden, Strapazen, an Gefahren ertrug, ohne im Kampfe zu erlahmen, bis die serbische Katastrophe kam, die auch den Montenegrinern, die den letzten Krieg nur umgern noch auf sich genommen hatten, die Heberzeugung brachte, daß alles weitere nur ein zweckloses Sichopfern für die Interessen der Entente sein könne. Es mag sein, daß die montenegrinischen Krieger liebermenschliches im Kriege geleistet haben, aber um so offenkundiger ist nun ihr Wille zum Frieden. Es gibt noch meiner Wahrnehmung, die sich auf die Gegenden von Klogusa, Cetinje, Podgoriza und Rijeka erstreckt, keinen Menschen, der sich nicht freut, vom Uebel erlöst zu sein. Am deutlichsten befundet sich dieses Aufatmen nach sechsjährigem Alpdruck im Verhalten der beimgekehrten montenegrinischen Krieger, die zu Hunderten auf allen Straßen und Wegen wimmeln, gegenüber unseren Truppen. Es ist durchaus freundlich, man plaudert, man scherzt und spricht miteinander, als ob nie etwas geschehen wäre. Kein scheeler feindseliger Blick trifft unsere Soldaten, sie finden überall freundlichste Aufnahme. Dabei hat dieses Verhalten der Montenegriner durchaus nicht das Sprößchen demütiger Unterwerfung, sie wissen im Gegenteil ihre Würde zu wahren und benehmen sich im Verkehr ganz zwanglos. Die Flucht des Königs hat sie sehr aufgebracht; aber auch die Politiker glauben nicht, daß hinter dem Abgang des fürstlichen Hauses mehr stehe als die Furcht vor der Volkstimme, die dem Königsheute heute eben nicht fonderlich gewogen ist. Besonders deutlich äußert sich die Friedenssehnsucht des montenegrinischen Volkes im Kreise von Cetinje, dessen männliche Bewohner bis auf geringe Ausnahmen schon aus dem Felde beimgekehrt sind. Cetinje hat heute nur noch den Erzherzog, das Vethelium des Weltfriedens zu werden, und sonst denken die Bewohner nur noch daran, wie man mit der entsehligen Not und Leuterung fertigwerden könnte. Die Bewohner von Cetinje sind nicht gerade arm und es fehlt ihnen nicht an Spargroschen. Sonst aber an allem, insbesondere an Brot, Mehl und Salz. Das österreichisch-ungarische

Etappenkommando gibt jetzt täglich etliche hundert Laib Brot um billigen Preis an die Ortsbewohner ab und die Frauen drängen sich in früher Morgenstunde um die Backstühle. Die Leute haben sich schon alle österreichisches Geld beschafft, aber unsere Truppen nehmen auch das montenegrinische, mit unserer Kronenwährung übereinstimmende Papiergeld, die „Perpera“. Die erste Emission der „Perpera“, die schlecht gedruckt war, ist vom Staat wieder eingezogen worden, und diese entwerteten Papiersephen flattern zu Tausenden, von eifigen Winden gejagt, in den Straßen und auf den Plätzen herum.

Cetinje war ich in Podgoriza. Ueber die Fahrt dahin, die durch das wilddromantische Tal der Cerna Rijeka ging und mich binnen einer Stunde aus sibirischer Kälte in den herrlichsten vollerbühnten Frühling brachte — in Podgoriza und am Ufer des Schmarfrees war es geradezu heiß —, werde ich noch ausführlich berichten. Ich kam vorüber an der Villa Kruschewac, wo jetzt der Prinz Mirko haus, der im Lande kein sonderliches Ansehen genießt und als Bruder Beschluß gilt. Österreichische Soldaten stehen Schildewache vor dem Eingang der Villa, der montenegrinische Prinz befindet sich also unter dem Schutz unserer Truppen. In Podgoriza, einer Stadt von durchaus orientalischem Gepräge mit farbigem Marktwimmel, in das die zerlumpten Kolonnen mit ihren Gebühnenträgern eine besonders wilde Note bringen, waren es vor allem die Lebensmittelpreise, die meine Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Ein Kilogramm Brot kostet 18 Kronen, ein Liter Milch 2 Kronen, ein Kilogramm Weizenmehl 4 Kronen, ein Liter Schnaps 16 Kronen, ein Liter Wein 6 Kronen, ein Kilogramm Zucker 10 Kronen, ein Kilogramm Salz 6 Kronen, zwei Eier 1 Krone. Dabei ist noch zu bedenken, daß im Frieden, wenn man etwa von Weizenmehl und anderen Einfuhrartikeln absieht, in Montenegro die Lebensmittel mindestens um die Hälfte billiger sind als bei uns. Nach diesen Preisen zu schließen, muß die Dillsektion der Entente sehr geringfügig gewesen sein, und jedenfalls erholte sie nicht gratis. Montenegro hatte vielmehr, wie mir mehrere Politiker versichert haben, an die italienischen und französischen Lieferanten hohe Wucherpreise zu zahlen. Podgoriza war bis zum gestrigen Tage voll von serbischen Flüchtlingen, die nun in unendlich langen Karawanen über Cetinje und Klogusa nach Cattaro ziehen, um sich von den österreichischen Behörden in die Heimat bringen zu lassen. Die meisten sehen recht herabgekommen aus; ich sah serbische Staatsbeamte, die noch ihre goldbetrehten Uniformen trugen, darunter aber kein Hund. In ebenso elendem Zustand befand sich der Direktor des Belgrader Militärspitals Dr. Oranicef, der sich mit Frau und Kindern den Flüchtlingen hatte anschließen müssen. Die Familie sah vollständig verwahrloht aus. Dabei hatte sie sich auf dem beschwerlichen Fußmarsch von Kruschewac über Jpel bis nach Podgoriza noch manche Erleichterungen verschaffen können, weil Dr. O. einen großen Geldbetrag mitgenommen hatte. So konnte er wenigstens sie und da in ärmlischen Quarrhöfen ein Nachtlager finden, wofür er dann 20 Dinar zu zahlen hatte. Für ein Stück Brot mußte er ebensoviele zahlen. Ueberhaupt schimpfen die Serben furchtbar auf die Montenegriner, die sie schredlich ausgebeutet und bewuchert haben sollen, während umgekehrt die Montenegriner die Serben als lästige Niesefer betrachten und behaupten, daß ihr armes Land von den Flüchtlingen fast gestossen worden sei. Jedenfalls erhielten von Bel an nur die zahlungsfähigen Flüchtlinge Unterkunft und Nahrung. Dr. Oranicef selbst

gab es so, daß Tausende auf dem Wege verhungern mußten und daß unzählige Frauen und Kinder vor Entkräftung starben. Er bestätigt auch, daß sich die von der serbischen Armee mitgeschleppten österreichischen Gefangenen vielfach von Tierkadavern nährten, und fügt hinzu: „Unsere Soldaten taten das nicht, denn sie sind an diese Kost nicht gewöhnt.“ Die Flüchtlinge, die ich sah, sind größtenteils serbische Staatsbeamte, dann Forstbeamte, Staatsarbeiter und Privatleute, die sich noch in wehrfähigen Alter befinden, aber aus irgendeinem Grunde vom Wehrdienst entlassen waren. Auch einen Beamten der Filiale der Wiener Länderbank in Zagobina sprach ich, der zur Flucht gezwungen worden war. Alle Flüchtlinge sind voll des heftigsten Grolls gegen ihre Regierung, die sie in völlig sinnloser Weise zwang zum Wandrah ab zu greifen; kein einziger von ihnen ist freiwillig von der Scholle gewichen. Die Beamten erhielten ihr letztes Gehalt am 1. Januar, und dann wurden alle Zahlungen eingestellt. Um das Fortkommen der Zivilflüchtlinge aber kümmerte sich die serbische Regierung nicht im mindesten und traf nicht einmal Vorkehrungen, sie auf dem Marsch irgendwie zu versorgen. Wer Geld hatte, konnte sich durchschlagen, der Beschloß mußte hungern; in der bestigsten Weise zog ein Polizeibeamter aus Velgrad gegen die serbischen Nachbaber los und erklärte ganz offen, daß er sich glücklich fühle, nun unter dem Schutz der österreichisch-ungarischen Behörden zu gelangen. In Cattaro ist wohl der Lebensweg dieser Flüchtlinge an Ende, aber das letzte Stück dieses Weges ist wenigstens auf der Strecke von Podgoriza bis Rijeka noch immer eine Straße, die böse Erinnerungen an überstandene Pein weckt. Sie ist von Tierkadavern gesäumt und auch unvorstellbare Menschenleichen liegen noch auf launige Felsblöcke gebettet herum. Sie mochten alle recht froh sein, als sie schließlich auf dem Kruschewac die sonnbescheitene, im grünen Kreise ihrer Vegetation prunkende Uferlandschaft der Boche di Cattaro zu ihren Füßen sahen wie das Paradies der Erlösung. Von Podgoriza wurden auch noch serbische Soldaten, die dort gefangen worden waren, in stolischer Anzahl weggeführt. Sie sahen ziemlich gut aus, die Offiziere sogar sehr gut. Jedemfalls bildeten sie ein großes Kontrastbild zu den in Podgoriza befreiten sechsundert österreichisch-ungarischen Gefangenen, die in den letzten Wochen ihrer Gefangenschaft schauerhaft behandelt wurden. Sie hatten in ungeheuren Stellungen ihre Waffenquartiere und nährten sich von einden Abfällen oder von Tierkadavern. Viele starben. Die Serbischen befinden sich in völlig entkräftetem Zustand und können sich nur mühsam kumpelnd fortbewegen. Ihre Befreiung aus der Gefangenschaft war in buchstäblichem Sinne eine Lebensrettung.

Nicht nur in Podgoriza wurden in diesen Tagen Reste der serbischen Armee eingebracht, sondern auch auf dem Wege. Bei dieser Gelegenheit hat der seinerzeit von den Engländern zurückgehaltene deutsche U-Bootdampfer „König Albert“ wieder heimgefunden. Dieser Dampfer wurde von den Engländern den Italienern geliehen und diente dazu, serbische Seerestruer nach Korfu zu bringen. Vor Durazzo wurde er nun dieser Tage von einem österreichischen U-Boot aufgebracht und mit Hilfe eines Torpedobörsers fast im Anschlag der italienischen Kriegsschiffe in die Boche di Cattaro geschleppt, wo er nun ruhig vor Anker liegt. Es befanden sich nebst italienischen Marinemannschaften nicht weniger als 350 serbische Soldaten darauf, die natürlich in Gefangenschaft gerieten.

selbe ihre Erscheinung für die Kriegszeit einstelle, was für die deutsche Arbeiterklasse keinen Verlust bedeuten dürfte."

Den Schluß der Abhandlung Bergers bildet ein eingehendes Referat über das von Thim me und Legien herausgegebene Sammelwerk "Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland". Berger faßt sein Urteil über dieses Buch in die folgenden Worte zusammen:

"Das Buch der Zwanzig ist durch die Zusammensetzung der Autoren, die Eigenart und Mannigfaltigkeit seines Inhalts, die nationale, von seinen Lesern mitempfundene Tendenz und nicht zuletzt durch die Bedeutung der angeführten Probleme für unser ganzes Volkstum wohl die beachtenswerteste Erscheinung auf dem innerpolitischen Büchermarkt während der Kriegszeit. Mögen auch die Anschauungen der Autoren da und dort lebhaften Widerspruch provozieren, hier und da einen zu offensichtlich übertriebenen Optimismus verraten, gar manchmal launigende und auch erschreckende Schwierigkeiten übersehen bzw. übergehen, selbst die nationale christliche Arbeiterbewegung und ihren Einfluß auf die heutige Entwicklung stillschweigend beiseite liegen lassen, so sind doch deren Bestrebungen, durch gemeinsame Arbeit den Weg zum inneren Frieden zu finden, nur zu begrüßen. Auch die christliche Arbeiterklasse wünscht diesen Bemühungen besten Erfolg. Allerdings wird man sich hüten müssen, deren Wert und Erfolg zu überschätzen. Tantum valet, quantum probant."

Dr. Berger zitiert zustimmend die Worte, die Genosse Frank kurz vor seinem Tode gesprochen haben soll: "Wir müssen mehr mit den Menschen reden, vor allem mit den Menschen aus den anderen Parteien, und ihnen dabei in die Augen schauen. Da kann man heillos viel lernen."

In der Tat ist es manchmal für uns von großem Nutzen, diesem Rat zu folgen.

Politische Uebersicht.

Unzulässiger Einmischungsversuch.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Zu dem veröffentlichten Beschluß der Staatshaushalts-Kommission des Hauses der Abgeordneten über die Verhandlungen mit Amerika und die Führung des Krieges zur See haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfunden hat, in so erster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße vertraulich zu erörtern. Die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der königlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen.

Diese Veröffentlichung zwingt uns festzustellen: Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegsführung ist ausschließlich verfassungsmäßiges Recht des deutschen Kaisers. Während die Oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags.

Der Reichskanzler, der heute früh aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.

Die Tätigkeit des Beirates für Volksernährung.

Amlich, Berlin, 12. Februar. (B. Z. B.) In der heute abgehaltenen Sitzung des Beirates für Volksernährung wurden zunächst einige Fragen aus dem Geschäftverkehre einzelner Kriegsgesellschaften erörtert; sodann wurde die Kaffee- und Kakaoverorgung besprochen. Schließlich kamen zur Verhandlung die Maßnahmen zur billigen Versorgung der Winderbemittelten mit Brennholz und Maßnahmen für eine rechtzeitige und ausgiebige Versorgung des Volkes mit Speisefettstoffen im nächsten Winter.

Die handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hat am 10. Februar 1916 folgende Erklärung angenommen:

"Der Ausschuß des Deutschen Handelstages begrüßt die Bestrebungen, eine engere politische, militärische und wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und seinen Verbündeten, besonders zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herzustellen. Zum Zwecke der wirtschaftlichen Annäherung werden vor allem die gegenseitigen Handelsbeziehungen der Verbündeten zu stärken und die Zolltarife sowie die Einrichtungen der Zollverwaltung diesem Zwecke möglichst anzupassen sein, ohne die Entwicklung der einzelnen Erwerbszweige zu hindern und die Entwicklung des Handels der Verbündeten mit anderen Ländern zu gefährden. Die wirtschaftliche Annäherung wird ferner auf dem Gebiete des Verkehrswezens, besonders im Ausbau der Eisenbahnen, Wasserstraßen und ihrer Tarife, zu suchen sein. Aber auch im Gebiete des Rechtswezens werden sich Annäherungen herbeiführen lassen, die den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr zu stärken vermögen."

Der Hauptvorstand des Bundes der Festbesoldeten beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Er begrüßt grundsätzlich die Bestrebungen, auch eine engere wirtschaftliche Fühlung zwischen den schon militärisch eng verbündeten Reichs Verbänden. Der Bund der Festbesoldeten wird in gemeinsamen Beratungen mit seiner Bruderorganisation, dem Reichsverband der Festbesoldeten in Oesterreich-Ungarn, eintreten, inwieweit bei der Form der wirtschaftlichen Annäherung auch die Interessen der Festbesoldeten und der übrigen Verbraucher zu berücksichtigen sind. Jedenfalls spricht der Hauptvorstand des Bundes der Festbesoldeten schon heute seine Ansicht dahin aus, daß bei der Erschwerung der allgemeinen Lebenshaltung, wie sie der Weltkrieg schon teilweise im Gefolge haben wird, die wirtschaftliche Annäherung an Oesterreich-Ungarn und die Erweiterung unseres Wirtschaftsgebietes nicht zu einer neuen Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel und einer weiteren Erschwerung der allgemeinen Lebenshaltung führen darf.

Erntehilfe der Schulkinder.

Man schreibt der "Deutschen Tageszeitung":

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat die nachgeordneten Behörden darauf hingewiesen, daß auch weiterhin ältere Schulkinder zur Hilfeleistung bei landwirtschaftlichen Arbeiten, Gartenbestellung usw. dem Bedürfnis entsprechend zu beurlauben sind. Damit der Umfang der Beurlaubungen in den erforderlichen Grenzen bleibt, soll darauf Bedacht genommen werden, daß die einzelnen Abschnitte der Sommer- und Herbstferien auf diejenigen Zeiten

gelegt oder verlegt werden, in denen für den betreffenden Schulfort die Heranziehung der Schulfugend zu landwirtschaftlichen Arbeiten besonders erwünscht ist.

Zentralstelle für Ausfuhr und Einfuhr.

Nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers ist zur Erledigung der anlässlich der Ausfuhr, Durchfuhr- und Einfuhrverbote dem Reichskanzler obliegenden Geschäfte eine besondere Dienststelle eingerichtet worden. Mit ihrer Leitung wird der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes Deibrad betraut. Er führt im amtlichen Verkehr die Bezeichnung "Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung". Seine Geschäftsräume befinden sich in Berlin W, Süptower 8.

Kriegslasten und Gemeinden.

Der frühere Dresdener Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Deutler schreibt unter anderem:

"Man geht ja wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Regierung der Einzelstaaten ebenso wie die Reichsregierung sich über diese Belastung der Gemeinden dauernd unterrichtet halten. Auch wird diesen selbstverständlich die in der Mehrzahl der deutschen Gemeinden nicht zuletzt infolge der Steuerausfälle notwendig gewordene Erhöhung der Gemeindeumlagen bekannt sein. In vielen Gemeinden, die schon bisher außerordentlich hohe Steuern zu erheben hatten (200 und mehr Prozent der Staatssteuern), ist durch diese Steuererhöhungen schon jetzt ein gewisser Notstand hervorgerufen worden, der nur zu einem kleinen Teil durch Hilfsmaßnahmen der Einzelregierungen gemindert werden konnte. In anderen Gemeinden hat die Steuererhöhung die Folge gehabt, daß die Haushaltspläne, den bestehenden gesetzlichen Vorschriften entsprechend, namentlich der besonderen Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedurften, weil die Steuern durch die Kriegsausgaben die in den Gemeindesteuergesetzen für die Freiheit von solcher Genehmigung vorgesehene Höhe überschritten haben. Wenn nun auch vielleicht angenommen werden kann, daß infolge der außerordentlichen und unerschuldeten Ursache dieser Steuererhöhung von diesem Aufsichtsrecht nur ein milder Gebrauch gemacht worden ist, und daß die von den Gemeindevertretungen im übrigen als notwendig anerkannten Ausgaben deshalb nicht beanstandet wurden, so ist doch nicht zu verkennen, daß hierin eine für die Selbstverwaltung der Gemeinden bedauerliche Tatsache zu erblicken ist, deren Beseitigung durch eine Befreiung, auf die Kriegserhältnisse gestützte Gesetzgebung erwünscht erscheint."

In seinen weiteren Ausführungen meint der Verfasser, daß Regierungen und Parlamente dauernd darauf Bedacht nehmen müssen, die Kriegslasten den Schultern der Gemeinden nach Möglichkeit abzubürden. Eine Zuweisung neuer Steuerquellen an die Gemeinden wird kaum durchführbar sein, weil schon jetzt Reich und Einzelstaaten alle nur erfahrbaren Einnahmequellen für sich in Anspruch genommen haben. Unter diesen Umständen bleibt nichts weiter übrig, als den Gemeinden nach dem Kriege die Kriegslasten zu ersuchen, denn, so führt Dr. Deutler aus: "Das eine steht fest und wird vorausichtlich von allen Regierungen wie von sämtlichen politischen Parteien der Parlamente anerkannt werden: daß die Aufrechterhaltung des Kulturzustandes in unserem deutschen Vaterlande, dessen wir uns vor dem Kriege erfreut haben, und die Möglichkeit, diesen Stand in erwünschter Weise fortzuentwickeln, nicht zuletzt davon abhängen wird, daß die deutschen Gemeinden und ganz besonders auch die deutschen Städte in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ungeschwächt aus dem Kriege hervorgehen."

Diese Mahnung eines erfahrenen Kommunalpolitikers werden nicht unbeachtet bleiben dürfen; wenn auch nicht zu verkennen ist, daß Reich und Einzelstaaten nach dem Kriege selber schwer zu kämpfen haben werden, um ihre Etats auch nur einigermaßen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Invaliditätsursachen der Berliner Arbeiter im Jahre 1914.

Ein trauriges Bild im wirtschaftlichen Erwerbleben der Berliner Arbeiter zeigen uns die Invaliditätsursachen.

Die Lungenkrankheiten einschließlich der Lungenschwindsucht stehen mit 27,9 Proz. an erster Stelle, dann folgen die Gefährkrankungen mit 22,6 Proz., die Nervenkrankheiten einschließlich der Augen- und Ohrenkrankheiten mit 17,8 Proz., die Haut-, Knochen- und Gelenkrankheiten mit 10,2 Proz. Bei den Frauen stehen die Gefährkrankheiten mit 21,9 Proz. an erster Stelle, dann folgen die Krankheiten der Entwicklung und Ernährung (hier tritt besonders die Altersschwäche stark hervor) mit 19,2 Proz., die Krankheiten der Atmungsorgane — einschließlich der Lungenschwindsucht — mit 16,5 Proz., die Haut-, Knochen- und Gelenkrankheiten mit 14,1 Proz.

Die Invaliditätsursachen nach Jahresklassen gegliedert gestaltet das Bild noch trüber.

Von je 100 Rentnern wurden in den nachstehenden Altern wegen Lungenkrankheiten und Bronchialkatarrh für invalide erklärt:

	Alter in Jahren				
	20/24	25/29	30/34	35/39	40/44
männlich . . .	65	63	59	45	37
weiblich . . .	61	54	44	30	26
männlich . . .	45/49	50/54	55/59	60/64	65/69
männlich . . .	38	30	17	17	12
weiblich . . .	17	12	9	7	7
		über 70 und mehr		überhaupt	
männlich . . .			12	28	
weiblich . . .			5	17	

Die Invalidität wurde demnach bei den jungen Männern im Alter von 20 bis 24 Jahren zu 65 Proz., bei den jungen Frauen bzw. Mädchen in demselben Alter zu 61 Proz. durch Lungenkrankheiten herbeigeführt. Oder von 100 Invalidenrentnern wurden im Alter von 20 bis 34 Jahren bei den Männern 57,66 Proz., bei den Frauen 53 Proz. allein durch Lungenkrankheiten soweit erwerbsunfähig, daß sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr das „ordentliche Drittel“ des Lohnes — das ist für Berlin 1,20 bzw. 0,75 R. — zu verdienen imstande waren.

Diese trockenen Ziffern sprechen eine eindringliche Sprache. Von 100 Rentnern starben bei den Männern im Alter von 20 bis 24 Jahren 82, von 25 bis 29 Jahren 28, von 30 bis 34 Jahren 27; bei den Frauen in denselben Jahresklassen 19, 20, 8. Oder in den Jahren von 20 bis 34 starben von 100 Rentnern im Durchschnitt bei den Männern 28,33, bei den Frauen 16,66 Proz.

Von den Rentnern stehen nach Berufen gegliedert an erster Stelle mit 212 vom Tausend die Metallarbeiter; ihnen folgen die Bauarbeiter mit 141 — darunter vornehmlich Maurer, Zimmerer und Maler; dann folgen der Handel mit 106; die Holzarbeiter mit 101, der Verkehr mit 88 und die Diensthboten mit 48 ufm.

Bei den Frauen stehen die Diensthboten mit 469 vom Tausend an erster Stelle, dann folgen die Näherinnen und Schneiderinnen mit 156, die Verkäuferinnen und dergleichen mit 80, ebenso die Wäscherinnen und Wätterinnen mit 80, die Papierarbeiterinnen mit 34, die Metallarbeiterinnen mit 31.

Die Invaliditätsursache und Beruf gibt uns folgendes Bild:

Männliches Geschlecht.

Bei nebenstehenden Berufsarten entfallen von 100 Invaliditätsursachen auf

Berufsarten	Körperkrankheiten mit Bronchialkatarrh	Durchfuhrkrankheiten	Krankheiten der Nerven	Krankheiten der Augen	Altersschwäche	Gefährkrankheiten	Krankheiten der Knochen und Gelenke
Metalle u. Masch. Holz- u. Schnitzstoffe . . .	30,4	26,0	15,0	2,9	5,4	21,4	9,0
Baugewerbe . . .	28,0	18,9	16,3	1,9	8,9	24,6	8,3
Diensthboten . . .	28,1	18,9	9,4	2,1	7,1	28,0	11,0
Verkehr . . .	28,0	19,4	10,8	2,2	11,5	28,8	5,8
Handel . . .	30,0	19,8	18,0	1,1	2,9	22,7	11,7
1914 i. Durchschn. . .	30,1	27,1	16,4	5,5	5,8	16,1	9,7
1914 i. Durchschn. . .	27,9	21,8	14,4	2,8	6,6	22,6	9,3

Weibliches Geschlecht.

Bekleidung . . .	21,1	18,1	18,1	6,5	4,9	19,7	7,4
Diensthboten . . .	10,6	7,3	13,2	8,7	11,7	23,4	12,4
1914 i. Durchschn. . .	16,5	12,9	14,8	4,1	8,6	21,9	11,0

Danach werden die Metallarbeiter, der Handel und Verkehr und das Baugewerbe von den Lungenkrankheiten einschließlich Bronchialkatarrh am stärksten heimgesucht: sie überragen bis zu 3 Proz. den Durchschnitt. Die Lungenschwindsucht fordert ungeheure Opfer. An erster Stelle stehen der Handel, dann erst folgen die Metallarbeiter. Der Verkehr, die Diensthboten, das Baugewerbe und die Holzindustrie haben im Jahre 1914 den geringsten Anteil an der Lungenschwindsucht, sie stehen mit 2,9 Proz. unter dem Durchschnitt, während der Handel mit 5,8 und die Metallarbeiter mit 4,2 Proz. den Durchschnitt überragen. Bei dem weiblichen Geschlecht sind die Näherinnen und Schneiderinnen mit 18,1 an der Lungenschwindsucht beteiligt, sie überragen den Durchschnitt um 5,2 Proz.

Von den bewilligten Renten sind im Jahre 1914 im Durchschnitt bei den Männern 16, bei den Frauen 7 wegen eingetretenen Todes nicht zur Auszahlung gekommen.

Ein erfreuliches Kapitel in dem Bericht der Anstalt Berlin ist das des Heilverfahrens. Man muß rückhaltlos anerkennen, daß die Anstalt Berlin zur Verbütung des Eintritts der Invalidität für den Versicherten für diese tut, was nur möglich ist.

Für die Durchführung des Heilverfahrens wurden 5 105 524,42 R. aufgewendet. Ferner wurden für die Behandlung Kranter (ausschließlich der Lungentuberkulose) 898 245 R. — darunter 319 975 R. für weibliche — aufgewendet. Von der Gesamtsumme wurden 182 998 R. durch Dritte zurückerstattet. Für die Behandlung Lungentuberkulose wurden 2 199 498 R. — darunter 729 228 R. für die weiblichen — aufgewendet. Von dieser Summe wurden 489 607 R. durch Dritte zurückerstattet. Bei der Behandlung der Lungentuberkulose kommen die Jahresalter 20-29 und 30 bis 39 in erster Reihe in Betracht. Bei den Frauen hatten dreiviertel aller in Behandlung genommenen noch nicht das 30. Lebensjahr erreicht. Dem Beruf nach sieben die Metallarbeiter an erster Stelle. Ihnen schließen sich die Holzarbeiter, die im Handel Beschäftigten, die Bauarbeiter, Schneider, Buchdrucker an. Bei den Frauen kommen die Näherinnen an erster Stelle, dann folgen die Handlungsgehilfinnen und Metallarbeiterinnen, deren Beschäftigung der Lungentuberkulose Vorzug leistet.

Außerdem wurden auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung insgesamt 1 388 960 R. für gemeinsinnige und Wohlfahrtszwecke, die mehr oder weniger mit dem Heilverfahren im Zusammenhang stehen, hergegeben, und zwar für die eigenen Tuberkulosefürsorgeanstalten 124 151 R.; dem Volksheilstättenverein vom Roten Kreuz 10 000 R.; Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 1500 R.; Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz (Kriegskrankenpflege) 10 000 R.; Bürgervereine des Roten Kreuzes von Berlin 12 000 R.; für Arbeitslosenunterstützungen 678 608 R. u. a.

Aus dem finanziellen Teil des Berichts wäre aus den Einnahmen und Ausgaben folgendes zu erwähnen: für Markendeckelungen wurden vereinnahmt 13 601 802,45 R., an Zinsen 3 287 864,85 R., für Strafgehalte 5788,59 R. Unter den Ausgaben befinden sich 6 916 811,20 R. für Renten, für Mehrleistungen nach § 1400 der Reichsversicherungsordnung 45 005,67 R., für Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung der Renten und einmaligen Leistungen 100 456,51 R., für Ueberwachung und Beitragsverfahren 174874,71 R. Danach sind von der reinen Markeneinnahme nur etwas über die Hälfte (rund 116 010 R.) für die Renten aufgewendet.

Das Vermögen der Anstalt Berlin betrug am 31. Dezember 1914 112 880 205,24 R.

Berichtszeitung.

Die Versammlungsverordnung des Oberkommandos.

Die im November 1915 vom Oberbefehlshaber in den Marken erlassene Verordnung, die auch für nichtöffentliche Versammlungen politischer Vereine die Anmeldung fordert, wurde gestern vom Schöffengericht Berlin-Weidling für rechtsungültig erklärt.

Angelagt war Genosse Redakteur Karl Leib. Er war beschuldigt, die durch die Verordnung eingeführte Anmeldepflicht verletzt zu haben. Leib ist erster Vorsitzender des Wahlvereins des sechsten Berliner Wahlkreises. Auf den 30. November ist eine Mitgliederversammlung dieses Vereins einberufen und das im "Vorwärts" bekannt gemacht. Eine Anmeldung der Versammlung hat aber nicht stattgefunden. Wegen Leib ist deshalb auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes ein Strafbefehl erlassen. Neben dem hiergegen erhobenen Widerspruch hatte gestern das Schöffengericht Berlin-Weidling zu befinden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Hugo Haase beantragte aus juristischen Gründen die Freisprechung. Die Verordnung sei rechtsungültig. Allerdings könne ein Oberbefehlshaber auf Grund des Belagerungsgesetzes Anordnungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassen. Ist solche Anordnung erlassen, so komme als Strafgesetz § 9b des Belagerungsgesetzes in Betracht, das Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre androht. Infolge der im Dezember beschlossenen sogenannten Ver Schiffer könne bei Annahme milderer Umstände der Richter auf Geldstrafe bis 1500 R. oder auf Haft erkennen. Die Strafe sei immer aus § 9b des Belagerungsgesetzes zu entnehmen, wenn die Verordnung gültig wäre. Sie leide aber an einem unheilbaren Mangel, denn sie widerspricht dem § 9b. Sie bedroht nämlich Zuwiderhandlungen, mit Geldstrafe bis zu 100 R., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe. Der Oberbefehlshaber könne keine andere Strafe festlegen als das Belagerungsgesetz androht. Die erlassene Strafanordnung und deshalb die gesamte Verordnung sei nichtig. Es gebe nicht an, etwa zu deduzieren: die Strafanordnung ist gültig, die Bekanntmachung bleibt aber als Verbot bestehen, an Stelle der ungültigen Strafanordnung aber trete die Strafanordnung des § 9b. Der Oberbefehlshaber schöpfe seine Machtbefugnis aus dem Belagerungsgesetz, sie stehe aber mit diesem selbst in Widerspruch. Deshalb sei sie rechtsungültig. So habe das Reichsgericht in konstanter Praxis entschieden. Der Verteidiger geht auf solche Urteile, insbesondere auf die in Nr. 297 und 312 des "Vorwärts" wiedergegebenen Urteile des Näheren ein. In diesen hat das Reichsgericht die wiederholten Verurteilungen des Landgerichts Görlitz, eine Verordnung, die den geschäftlichen Verkehr mit Gefangenen unterjagte und Geldstrafen für Zuwiderhandlungen androhte, für gültig zu erklären und die Bestrafung aus § 9b des Belagerungsgesetzes zu entnehmen, zurückgewiesen und die Angeklagten freigesprochen. Der Angeklagte Leib habe

Deutsches Theater.
 Direktion: Max Reinhardt.
 7 1/2 Uhr: **Der Biberpelz.**
 Sonntag 2 1/2 Uhr. (kl. Pr.): **Hamlet.**
 Montag: **Der Biberpelz.**
Kammerspiele.
 8 Uhr: **Der Weibsteufel.**
 2 1/2 Uhr. (kl. Pr.): **D. deutsch. Kleinstädt.**
 Montag: **Gyges und sein Ring** (neu einstudiert).
Volksbühne. Theater am Bülowpl.
 8 1/2 Uhr: **König Oedipus.**
 Nachm. 3 Uhr. (kl. Pr.): **Traumulus.**
 Montag: **Viel Lärm um Nichts.**
 Dir. Meinhard-Bernauer.

Theater i. d. Königgrätzerstraße
 8 Uhr: **Kameraden.**
 Nachm. 3 Uhr: **Rausch.**

Komödienhaus
 8 1/2 Uhr: **Die rätselhafte Frau**
 Nachm. 3 Uhr: **„Extrablätter“**

Berliner Theat.
 8 Uhr: **Wenn zwei Hochzeit machen.**
 Nachm. 3 Uhr: **Wie einst im Mai.**

Theater für Sonntag, den 13. Februar.
 Deutsches Opernhaus Charlottb.
 8 Uhr: **Der Bettelstudent.**
 7 Uhr: **Tannhäuser.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 3 Uhr: **Der fidele Bauer.**
 8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld-Theater.**
 8 Uhr: **Sokrates und Perlimutter.**

Kleines Theater.
 8 1/2 Uhr: **Der Raub d. Sabinerinnen.**
 8 Uhr: **Jettchen Gebert.**

Komische Oper.
 8 1/2 Uhr: **Das süße Hädel.**
 8 Uhr: **Jung muß man sein.**

Lustspielhaus.
 8 1/2 Uhr: **Krieg im Frinden.**
 8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**

Metropol-Theater
 8 Uhr: **Der Waffenschmied.**
 8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).

Residenz-Theater
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**
 8 1/2 Uhr: **Logo Nr. 7 m. H. Bender.**

URANIA
 Sonntag 8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.
 Montag 8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Luisen-Theater.
 Sonntag 8 Uhr:
Bettelstudenten.
 8,00 täglich:

Charlotte Klinger
 Mittwoch 4 Uhr: **Max und Moritz.**

Rose-Theater.
 3 Uhr: **Der Weg zum Glück.**
 8 Uhr: **Ich lasse Dich nicht**

Wahalla-Theater.
 Sonntag 3 Uhr: **Die Förster-Christi.**
 8 Uhr: **Grigri.**

Reichshallen-Theater.
Steffiner Sänger.
 Zum Schluß:
„Die von der Emden“
 Anfang abends 7 1/2 Uhr.

Palast
 Heute 2 Vorstellungen 2 3 1/2 und 8 Uhr.
 Nachm. jeder Erwachs. 1 Kind frei.
 In beiden Vorstellungen **Joseph Piant**
 in seinen lustigen Vorträgen für Jung u. Alt u. der ungekehrte neue Februar-Spielplan.

Gewerkschaftshaus.
 Heute im Kongreßsaal: **Unterhaltungsabend**
 der 15. Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“
 zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen.
 Mitwirkende: Das Berliner Uk-Trio, Opernsängerin Fräul. Milla Schwartz und turnerische Aufführungen.
 Beginn des Konzerts 5 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Wein-Terrasse!
 Heute: **Großes Konzert**
 Berliner Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Franz v. Blon.
 Anfang 4 Uhr.
 Montag, den 14. er.: **Zweites Winter-Konzert**
 des Berliner Schubert-Chors u. der Berliner Liedertreue (E. V.). Chorleiter: Paul Kurz.
 Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielecki, Reudöln. Für den

Verband der Freien Volksbühnen
 Sonntag, 13. Februar 1916:
 Mittags 12 Uhr:
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz VII. Kongert.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz: Traummusik.
 Deutsches Opernhaus: Der Bettelstudent.
 Schiller-Theater Charlottenburg: Nora.
 Deutsches Künstler-Theater: Dotterich.
 Lessing-Theater: Baumeister Solms.

Abends 8 Uhr:
 Deutsches Künstler-Theater: Montag und Freitag: Die selbige Exzellenz.

Abends 8 1/2 Uhr:
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz: Montag bis Freitag: Viel Lärm um Nichts. Donnerstag: Juchmanns Revue.

Montis Operetten-Theater
 8 1/2 Uhr: **Hohelt tanzt Walzer.**
 Gastsp. Ed. Lichtenstein aus Hamb.

8 Uhr: **Der Sterngucker.**

Schiller-Theater O.
 8 Uhr: **Faust I.**
 8 Uhr: **Halbe Dichter.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
 8 Uhr: **Nora.**
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Thalia-Theater.
 8 Uhr: **Kamrad Hanne.**
 8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**

Theater am Nollendorfp.
 8 1/2 Uhr: **Dollarprinzessin.**
 8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**

Theater des Westens
 8 Uhr: **D. Fräulein v. Amé**
 mit Guido Thielscher.
 8 1/2 Uhr: **Polenblut.**

Trianon-Theater.
 4 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
 8 1/2 Uhr: **Verheir. Junggesellen**

Possen-Theater
 Länienstraße, a. d. Friedrichstr.
Melonenbaum.
 Posse mit Gesang v. Theo Halton.
Meschugge ist Trumpf
 Posse i. 2 Akt. v. Leonh. Haskel mit Leonh. Haskel u. Siegfried Borisch.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast
Eis-Arena.
 Heute 2 Vorstellungen um 4 und 8 1/2 Uhr:
Gr. Eis-Ballett
Eine Zaubernacht
 in Bagdad und das übrige große Programm.
 Nachm. kleine Preise.
 Abends 2, 3, 4 Mk.
 Vorzügliche Küche.

Casino-Theater
 Voßtr. 37. Tägl. 8 Uhr:
 Nur noch kurze Zeit der Poffenschlager
Was machste du?
 Dazu das erstklassige Februar-Programm.
 Sonntag 4 Uhr: **Ihr Gottlieb.**

Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Heute Sonntag, 3 Uhr nachmittags:
„Lenore“
 oder: **„Die Grabesbraut“.**
 Heute Sonntag 8 Uhr abends:
Die Tochter des Brandstifters.
 Ab Montag:
 Wie deutsche Helden sterben.

Deutsche Kriegs-Ausstellung
 10-9 Uhr. 50

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 8 Uhr: **Die gutgeschneitene Ecke.**
 Komödie von H. Sudermann.
 Nachm. 3 Uhr: **Baumeister Solms.**
 Montag: **Die gutgeschneitene Ecke.**
Deutsches Künstler-Theater.
 8 Uhr: **Die selbige Exzellenz.**

Freies Bismarck
 Heute Sonntag:
 3 1/2, 2 große Vorstellungen 8 Uhr
 u. Nachm. 1 Kind frei (außer Galerie).
 In beiden Vorstellungen:
Das neue Sensations-Programm!
 u. a.:
Radotzkys humoristische Bären

Der Todesprung mit dem Zweirad.
Gebr. Lindsens atemraubende Watrosenspiele in schwindelnder Höhe.
Frl. Lotti Revo u. Partner als lebende Windmühle; unglaublicher Luftakt!
Schlager über Schlager!! Zum Schluß!

Ein Wintermärchen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142.
 Tagesordnung:
 1. Die soziale Lage der Frau. 2. Diskussion.
 Referentin: Frau Luise Zieh.
 Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Der Vorstand.

WINTERGARTEN
 2 Vorstellungen 2 3 1/2 Uhr
 Kleine Preise. Kinder die Hälfte 8 Uhr.
Clotilde von Derp. Tänze.
 4 Veras, Drahtseilakt, 2 Milforda, Excentrics, Wilma, Sandmalerin, Max u. Moritz, radfahrende Affen, Kaufmanns Rollschuhläuferin, Robert Belling, kom. Dressuren u. a. m. **Kinematograph.**
 Außerdem abends 9 Uhr: Die schöne Komödiantin Operette in 1 Akt v. Eugen Burg u. Louis Taubstein. Musik von Leo Ascher.

Heines Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Tel.-Amt Northplatz 10623, 3578. Bureau: Jungstraße 30

Branchen-Versammlungen: Bautischler, Bezirk III für Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt und Nördliche Vororte.
 Montag, den 14. Februar 1916, abends 8 Uhr, bei Gliese, Kopenhagener Straße 74.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben.
 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
 3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler! Bezirk Neukölln!
 Mittwoch, den 16. Februar 1916, abends 8 1/2 Uhr, im „Idealcasino“, Weichselstr. 8.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben.
 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
 3. Verbandsangelegenheiten.

Bergolder!
 Dienstag, den 15. Februar 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Albert Schreiber: „Die Pflichten der Dachimgeliebten während des Krieges.“
 2. Diskussion.
 3. Branchenangelegenheiten.

Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechsler!
 Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Waldt, Pfingststr. 6.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht der Kommission.
 2. Neuwahl der Delegierten zur Generalversammlung.
 3. Verschiedenes. 82/15

Korbmacher.
 Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal I):
 Tagesordnung:
 1. Die Vorgänge in unserer Branche. 2. Verschiedenes.

Heute Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen
Bezirksversammlungen der Einseher.
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. Deutschl.
 (früher Nationale Krankenkasse usw.) Ortstafel.
 Montag, den 14. Februar, abends pünktl. 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 (§ 26 der Satzung)
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 1.
 Tagesordnung:
 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1915. 2. Diskussion.
 3. Wahl für die nach § 26 der Satzung auscheidenden Mitglieder des Vorstandes. 4. Mitteilungen. 2445

Das Raffensbuch legitimiert!
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 J. U. C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralstr. 18E, 2 Tr.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Bureau: Engelauer 14/15, part. — Telefon: Amt Northplatz Nr. 8430.

Montag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39:
Branchenversammlung der Schofarbeiter.
 Tagesordnung:
 1. Bericht und Wahl der Branchenkommission.
 2. Beratung und Beschlußfassung über einen eingegangenen Antrag auf Erhöhung der Lohnzulage für die Arbeiter.
 3. Bericht und Wahl der Gesellenausschusses.
 4. Bericht und Wahl der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht.
 5. Verschiedenes.
 Im Anbetracht des zweiten Punktes der Tagesordnung eruchen wir besonders um zahlreiches Erscheinen.

Ferner verweisen wir auf die am **Mittwoch, 23. Februar**, stattfindende **Generalversammlung** und machen besonders die Fabrikarbeiter auf den vierten Punkt der Tagesordnung aufmerksam, welcher lautet: „Bericht und event. Beschlußfassung über die Verhandlungen zwecks Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises.“
 Die Ortsverwaltung. 160/2

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
 Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Montag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Oberichöneweide und Umgegend
 im Lokal von **George**, Oberichöneweide, Wilhelmienhofstr. 44 a.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Achtung!
 Am Montag, den 14. Februar, abends 6 Uhr, findet im Berliner Klubhaus, Chaus. 2, die Wahl des Gesellenausschusses und die Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer und deren Stellvertreter zum Schiedsgericht des Innungsausschusses für die

Gelb-, Kunst- u. Metallgiesser-Innung
 statt.
 Bei der Wichtigkeit dieser Wahl ist es unbedingt notwendig, daß alle in Innungsangelegenheiten beschäftigten Kollegen erscheinen.
 Die Ortsverwaltung. 112/2

Inzeratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wider das weibliche Dienstjahr.

In ihrer sehr beachtenswerten Schrift*) zeigt Frau Dr. Rosa Kempf, daß bis jetzt die Befürworter des weiblichen Zwangsdienstjahres den Beweis für seine Notwendigkeit schuldig geblieben sind. — Militärpflicht des Mannes und Dienstpflicht des Weibes lasse sich nicht vergleichen, weil das in der Militärzeit Gelehrte sich im bürgerlichen Beruf nicht verwerten lasse. Nur die Notwendigkeit, gegen den äußeren Feind gerüstet sein zu müssen, rechtfertige den Zwang der Wehrpflicht. Eine solche Rechtfertigung fehle aber der Einführung der weiblichen Dienstpflicht.

Soziale Dienstleistung an den Staat und Vorbereitung auf hausmütterliche Aufgaben, die zwei Ziele der weiblichen Dienstpflichtforderer, greifen unmittelbar in das bürgerliche Leben ein und bedeuten Reglementierung des Alltagslebens selbst durch eine zentrale Stelle . . . hauptsächlich zu dem Zwecke, das Familienleben des ganzen Volkes direkt oder indirekt zu stützen. Bevor der Staat zu einem solch tiefgreifenden Eingriff in das Volksleben komme, müsse erst erwiesen sein, daß nur auf diesem Wege wirklich dem Uebel abgeholfen werden könne. Die zwangsweise Ausbildung der jungen Mädchen zu Hausmüttern müsse zum Gegenstand haben nicht die militärische Dienstpflicht, sondern die wirtschaftliche Erziehung der jungen Männer als Ernährer der Familie.

Damit ist freilich nicht die wirtschaftliche Existenz der Familie gesichert; aber diese Verpflichtung kann der kapitalistische Gegenwartstaat weder übernehmen, noch will er es.

Frau Kempf fragt: Wie sollen nun die 600 000 Mädchen, die jährlich für das Dienstjahr in Betracht kämen, ausgebildet, wie die Kosten aufgebracht werden? Sie erteilt darauf die Antwort, daß hier dasselbe gilt wie für den militärpflichtigen Sohn. Der Militärdienst der Tochter fällt weg, auf dem Lande muß eine fremde, bezahlte Arbeitskraft an ihre Stelle treten, die Allgemeinheit muß die Kosten tragen. Das alles hätte eine Berechtigung, wenn „auf diese, und nur auf diese Weise tüchtige Hausmütter herangebildet oder unerfährliche soziale Dienste geleistet werden könnten“. Aber diese Dienste leiste die Frau auch heute schon. Wenn sie Kinder trägt und Kinder nährt, dann erweist sie dem Vaterlande einen Dienst von solcher Wichtigkeit, daß sich derselbe mit der Militärpflicht der Männer, ja selbst mit deren wirklichem, so ungeheuer aufopferungsvollem Kriegsdienst messen kann.

Eingehend legt Frau Kempf dar, welche Aufgaben die Mütter lösen: ihre körperlichen und seelischen Leiden, die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die völlige Inanspruchnahme bei Geburt und Aufzucht eines Kindes. Gerade die Millionen Frauen der unteren Volksschichten tragen diese Pflicht unter schwierigen äußeren Umständen und daher mit vielem Zwang zum Entbehren und Opfern. Diesen Frauen gegenüber wäre daher ein Zwangsdienstjahr noch ganz besonders ungerecht. Und sie kommt zu dem Schluss:

Der Gedanke, daß das Frauengeschlecht dem Vaterland ein Jahr seines Lebens schuldig und daher Zwangsdienst auch für die weibliche Jugend eingezahlt werden sollte, muß also zurückgewiesen werden. Auch auf die Frage, ob nicht die weibliche Jugend ein Recht habe, zu fordern, als Hausmutter ausgebildet zu werden, erteilt die Verfasserin die gleiche Antwort, daß auch hier keineswegs nur durch das Zwangsdienstjahr diese Ausbildung möglich sei.

Was nun die Kosten anbetrifft, die sich nach Frau Kempfs Berechnung auf ungefähr ein Drittel der jährlichen Ausgaben für Heer und Flotte belaufen, die vor dem Kriege jährlich eine Milliarde betragen, so würde durch Zentralisation eine Kostenverringerung wohl möglich sein. Wenn aber, wie so manche Schwärmer wollen, 600 000 Mädchen sich selbst erhalten, nähren und kleiden sollen, dann kostet das so viel Zeit, daß nur wenig für den wesentlichen Zweck des Dienstjahres übrigbleibt.

Wo aber sollen all die Objekte für die zu erlernende Kranken- und Kinderpflege herkommen? Teils man die 600 000 Mädchen in vier Gruppen, so entfallen jährlich je 150 000 auf Kranken- und Kinderpflege. Auf 2 Millionen Neugeborene jährlich sind aber 150 000 Pflegerinnen zuviel. Ebenso steht es mit den Kranken. Hier genügen die in Deutschland im Frieden vorhandenen 75 000 Berufspflegerinnen durchaus! Schließlich sind weder die Kranken noch die Kinder dazu da, daß an ihnen gelernt werde, sondern um ihrer eigenen Wohlfahrt willen! bemerkt Frau Dr. Kempf sehr richtig.

Die Dienstpflicht im zentralisierten Betrieb lohnt sie ganz entschieden ab aus zwei sehr beachtenswerten Gründen. Erstens hält sie den hauswirtschaftlichen Großbetrieb für völlig ungeeignet zur Erlernung der Grundlagen einer guten Führung des Einzelhaushalts, zweitens sagt sie: „Ober soll es Aufgabe des hauswirtschaftlichen Dienstjahres sein, der weiblichen Bevölkerung der unteren Volksschichten recht gründlich die Augen zu öffnen über die pekuniäre Unzulänglichkeit der Lebenshaltung ihrer eigenen sozialen Pflichten? Sollen die Mädchen des Volkes recht gründlich unzufrieden gemacht werden mit der Nahrung, mit der Wohnung, die dem Volke nach den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bisher möglich waren? Man vergesse nicht, es ist ein gewaltiger Unterschied, ob die Mädchen die bessere Kost in der obersten Klasse der Volksschule schulmäßig lernen oder ob sie dieselbe in einem Jahr der Dienstpflicht erleben . . .“

Frau Dr. Kempf scheint also ganz entschieden eine Aufklärung der jungen Proletarierinnen nach dieser Hinsicht nicht zu wünschen — und es könnte sie nur recht sein! Doch bedarf es dazu nicht der Dienstpflicht.

Was Frau Dr. Kempf von den physischen und moralischen Gefahren schreibt, die das junge Mädchen in derartigen Anstalten bedrohen, erscheint als Begründung ihres Widerpruchs hinfällig. Diese Gefahren bestehen auch jetzt schon überall. Die Aufklärung wie diesen Gefahren zu begegnen ist, gehört ebenso zur Erziehung der Jugend wie der Kampf gegen diese Gefahren und ihre Ursachen seit Jahren von der Sozialdemokratie geführt wird. Auch die Verführung vermehrter Landflucht ist für uns selbstverständlich nicht ausschlaggebend — auch sie ist mit ganz anderen Mitteln zu bekämpfen.

Der Gedanke, die hausmütterlichen Belehre zur Behebung der Dienstbotennot zu verwenden, wird von Frau Kempf gründlich abgetan. Wenn es so viele tüchtige Hausfrauen gebe, was braucht es dann noch einer besonderen hauswirtschaftlichen Ausbildung?

Das neunte Schuljahr für Volksschülerinnen erscheint Frau Kempf völlig ausreichend zur Erwerbung der notwendigen hausmütterlichen Kenntnisse unter der Voraussetzung, daß die Volksschule „ihrem allgemein bildenden oder beruflichen Ausbildungszweck voll zurückgegeben werde.“ Doch warnt sie davor, von der Verlängerung der Schulpflicht und der besseren hausmütterlichen Ausbildung etwa eine Lösung des Problems des Familienlebens zu erwarten.

Ob das Pflichtdienstjahr nicht doch geeignet sei, die „Willens- disziplinierung und körperliche Kräftigung“ zu fördern, will Frau Kempf nicht verneinen. Doch hält sie die Sünden der Hausfrauen seit Kriegsbeginn nicht für schlimmer als die Sünden anderer Wirtschaftsklassen. Aus dem überall hervortretenden Eigennutz und Unverständnis folgert Frau Kempf, daß bei allen Wirtschaftsklassen die intellektuelle und technisch berufliche Ausbildung allein nicht genügen kann, damit ein Wirtschaftsklassen auch in Zeiten der Not dem Volksganzen dasjenige leistet, was von ihm erwartet werden muß, daß vielmehr die moralische Durchbildung der Be-

zustände neben dem eigentlichen beruflichen Können für ihr wirtschaftliches Verhalten in Zeiten der Bedrängnis des ganzen Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist.“ Das wird wohl ein frommer Wunsch bleiben! Solange der Kapitalismus herrscht, wird stets die Profitgier die Betätigung dieser „moralischen Durchbildung“ unwirksam machen.

Jedenfalls, so meint Frau Kempf, braucht aus dem Verhalten der Hausfrauen keineswegs gefolgert zu werden, daß sie mehr als andere Wirtschaftsklassen „aus Mangel an Bildung“ verfaßt haben.

Von welcher Seite aus Frau Kempf auch die weibliche Dienstpflicht erörtert, immer wieder gelangt sie zu einer Ablehnung derselben und fordert an ihrer Stelle: obligatorische Fortbildungsschulen für beide Geschlechter, verständigere Auswahl der Lehrkräfte, Wiedereinstellung erfahrener Mütter als Lehrerinnen, Ausscheidung junger männlicher Bekehrte bei jungen Mädchen, Ausbau der Jungmannschaftsbewegung auch für das weibliche Geschlecht. Dies alles werde die so notwendige Disziplinierung und Kräftigung der weiblichen Jugend fördern. Erst wenn man diese Mittel jahrelang erprobt habe, ohne daß sie den erwarteten Erfolg gebracht hätten, wird es Zeit sein zu fragen, ob weitergreifende Neuerungen wie das weibliche Dienstjahr für Körperkräftigung und Willensdisziplinierung der Frauen notwendig sind.

Frau Kempf hat in ihren Ausführungen hinsichtlich des Beweises erbracht, daß der Nutzen fraglich, vieler Schaden aber gewiß ist bei Einführung eines Pflichtdienstjahres für Frauen.

Es ist sehr erfreulich, auch einmal von bürgerlicher Seite eine nüchterne und gründliche Erörterung dieses Vorschlags zu finden, der gerade in jenen Kreisen zur Rettung des Vaterlandes angepriesen wird. Frau Kempf erkennt gleich uns, daß die Zerrüttung des Familienlebens und die ungenügenden hausmütterlichen Kenntnisse der Frauen nicht Ursache, sondern Begleiterscheinung und Folge wirtschaftlicher Mißstände sind und mit deren Besserung zwar nicht beseitigt, aber doch gemildert werden können.

Aus Groß-Berlin.

Ein bezahltes „Volksurteil“.

Zeitungen sind mehr als je eine Notwendigkeit. Sie sind in unserer Zeit so unentbehrlich wie Nahrungsmittel. Und da sie vieler — allzu vieler — Menschen einzige geistige Nahrung sind, sollte eine Fälschung und Irreführung der öffentlichen Meinung durch sie strafwürdig sein. Nicht im Sinne unserer jetzigen Strafrechtspflege. Aber wer auf die Ehre unserer modernen Journalistik hält, der hat nicht nur das Recht, der hat die Pflicht, die Stümpung Unwürdiger in aller Öffentlichkeit zu vollziehen.

Jüngst veranlaßt ein Herr Walter Gimmi, in der Goethestraße zu Charlottenburg wohnend, an eine Anzahl Zeitungen das folgende Schriftstück:

Hochgeehrter Herr! Es wäre mir sehr angenehm, wenn ich ab und zu in Ihrem geschätzten Blatte kleine, nicht über den Preiswertrahmen einer Nummer hinausgehende Arbeiten unterbringen könnte, Skizzen und Erzählungen, die, ohne lebendig und schon von weitem den Eindruck der Reklame zu machen, durch in den Zusammenhang hineinschaffenden Hinweis auf eine Firma oder einen Artikel doch auch der Propaganda dienen und die sogenannte verdeckte Reklame vermitteln wollen. Ich bin erpicht, eine Entschädigung zu bezahlen, die am besten per Zeile bemessen würde, aber niedrig zu halten wäre, weil ich meinerseits auch auf einen sehr bescheidenen Zeilenpreis angewiesen bin. . . .

Herr Gimmi wollte auf diesem leider „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ das Interesse auf ein noch seiner gegen ein bescheidenes Honorar empfängliches Ueberzeugungs sehr bewährtes Mittel gegen Husten und Katarrh lenken.

Hustenbonbons und Busencreme, Nagenstärker und Vitenseife werden — unter das Publikum gebracht — immerhin nicht den hundertsten Teil des Schadens anrichten können, wie unrichtige wirtschaftliche oder politische Mitteilungen oder gefälschte wissenschaftliche und künstlerische Urteile. Diese der Öffentlichkeit gegen Bezahlung vorzusetzen, ist um so unverantwortlicher, als — man mag das bedauern oder nicht — die Zeitung der großen Masse mehr und mehr die einzige geistige Nahrung geworden ist. Die Buchliteratur ist einem sehr großen Teile des Volkes aus Gründen defunktorer Natur nicht zugänglich. Oder aber, sie fordert zum Genuß und zur Weiterbildung Grundlagen, die nicht vorhanden sind. So wird denn der Zeitung, nicht nur dem politischen Teil, sondern auch dem literarischen, den Theater- und Musikartikeln, den kleinen wissenschaftlichen Notizen ein Vertrauen entgegengebracht, das eine Brunnenvergiftung in diesem Teile doppelt verdammenswert macht.

Wird da auf einer Berliner Bühne ein sogenanntes „vaterländisches“ Schauspiel gegeben: „Immer feste druff!“ Die ernsthafteste Kritik hat das Stück weder als „vaterländisch“ noch als „Schauspiel“ ansprechen wollen und speziell gefunden, daß die deutsche Frau in ihm eine wenig rühmliche Rolle spiele und das Soldatenleben karikiert werde. Auch der „Vorwärts“ hat diesem Urteil Verbreitung gegeben. Nichtsdestoweniger — wie könnte es anders sein! — hat das Stück bei dem Publikum, das durch den Titel angezogen wurde, den von dieser Seite verdienten Beifall gefunden. Ueber 500mal ist es aufgeführt worden. So weit, so gut. Aber die Direktion des Theaters hat den komischen Ehrgeiz, die Aufführung des Stückes nicht nur als ein „verdienstliches“ Werk, sondern auch als ein literarisches Ereignis gefeiert zu sehen. Und sie fand dabei journalistische Eideshelfer!

Im Beiblatt der „National-Zeitung“ zu Nummer 32, unter dem Strich und an der Stelle, wo sonst die ernsthafteste Kritik ihre Stätte hat, wird von einem angeblichen Schriftsteller B. M. unter dem Titel „Ein Volksurteil“ eine literarische Plauderei verbrochen, in der Shakespeare, Kleist und alle literarischen Heiligen angerufen werden. Schließlich wird das Stück als „gesunde Unterhaltungskost“ empfohlen. Genau wie das „bewährte Mittel“ gegen Husten und Katarrh.

Ob Herr Gimmi aus Charlottenburg mit seinem Ansprechen an die Redaktionen Blick gehabt hat, wissen wir nicht. Vielleicht hat er die Redaktion der „National-Zeitung“ bei Versendung seiner Zirkulare vergessen. Herr B. M. oder die Direktion des Theaters am Rollendörpflag hatten einen besseren Riecher. Sie fanden Unterkunft mit einer bezahlten Empfehlung ihres Kunstverfälschers an einer Stelle, wo eine Kritik desselben stehen mußte. Ihnen freilich machen wir daraus keinen Vorwurf. Geschäft ist Geschäft. Auch das Theatergeschäft. Aber die Redaktion der „National-Zeitung“ mußte das Inserat auch für das Publikum als solches kenntlich machen, nicht nur durch die bescheiden beigegebene Inseratennummer (7450) für den Zeitungsfachmann.

Dem anständigen Journalisten steigt bei solchem Anblick ein Ekel im Halse auf. Und das ist das Unglück: Der Bürgerfriede verbietet ihm das Ausspeien!

Die „Genossen aus den Schützengräben“.

Die „Vossische Zeitung“, die das Gras in der sozialdemokratischen Partei wachsen hört und nie verschweigt, was ihre langen Ohren ergattern, läßt sich diesmal über den Umweg durch eine Lokalkorrespondenz mitteilen:

Mittwoch kam es am sozialdemokratischen Jahlabend verabschiedlich zu scharfen Auseinandersetzungen. Mehrere mit dem Eisernen Kreuz geschmückte Mitglieder meinten, Lieblichkeit sollte erst einmal die Strapazen an der Front durchmachen, dann würde er anderen Sinnes werden. Die Militärverwaltung sollte ihn einmal für wenige Wochen dorthin senden, dann würde er sich „mauern“. Die Zustimmungserklärungen zur Haltung der Rinderheit durch verschiedene Wohlvereine gabe kein zutreffendes Bild ab, da nur die „offen Knacker“, die nicht mit in den Krieg brauchten, bei der Abstimmung maßgebend gewesen seien. Wenn erst die Genossen aus den Schützengräben zurickgekehrt sein werden, dann würden die Abstimmungen ein ganz anderes Bild ergeben.

Daß die Redaktion der Tante Voh die Geschichte vom Rabulismus der „offen Knacker“ in der Partei nicht selbst erfunden hat, ist ein entschiedener Mangel an Talent. Ein Mangel an Geschmack, dem wir bei keinem anderen Blatte begegnen, ist es, daß sie die fremde Erfindung übernahm. Die Mitglieder an der Front kennen den Dienst der Armierungssoldaten viel zu genau, um diese dorum zu beneiden.

Arbeiterbildungsschule. Heute Sonntag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, findet der zweite Lichtbildervortrag im Jyklus: „Kunst im täglichen Leben in Vergangenheit und Gegenwart“ statt. Herr Dr. Vernoulli, Assistent an den königlichen Museen, wird diesmal über Raumkunst reden und in seinen Ausführungen folgende Gegenstände behandeln: Der Raum als harmonische Einheit: Zweck, Form und Farbe. Stimmungswerte und Größenverhältnisse, Räume für verschiedene Zwecke: Versammlungssaal, Kirche, Wohnraum. Verkleidung der Wände, Decke und Fußboden. Heizung und Beleuchtung.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf.

Außerordentlicher Andrang zu den städtischen Fleischverkaufsstellen.

Gestern sind zum ersten Male die Verkaufsstellen der Stadt Berlin in den Markthallen für Schweinefleisch geöffnet gewesen. Der Andrang war gleich ein außerordentlich starker. Ueberall vor den Markthallen hatten sich schon mehrere Stunden vor der Eröffnung Laufende von Frauen eingefunden, die alles daran setzten, Schweinefleisch zu erhalten. Die Stadt Berlin gibt für den Bezug von Schweinefleisch besondere Karten aus, die in erster Linie den Kriegerrfrauen, Arbeitslosen und sonstigen Bedürftigen zustehen. Es handelt sich dabei um Zehntausende von Karten. Nun ist der Verkauf des Schweinefleisches aber auf die Nachmittagsstunden von 5 bis 8 Uhr am Sonnabend und Mittwoch beschränkt. Diese Verkaufszeit ist viel zu kurz bemessen und dieser Umstand bringt es mit sich, daß diejenigen, die durchaus Fleisch erhalten wollen, sich schon in den Mittagsstunden vor den Markthallen einfänden müssen. In einigen Vororten werden bekanntlich für den Fleischbezug ebenfalls Karten ausgegeben, wobei aber die Käufer erfahren, ob und wann sie an die Reihe kommen. Eine solche Maßnahme würde auch in Berlin ein derartiges Gedränge, wie es gestern herrschte, verhindern. Der jetzige Zustand ist jedenfalls unhaltbar.

Vom Bau der „eisernen“ Brücke.

Der Generaldirektor des Museums hat gegen die geplante und beschlossene Ausführung des Neubaus der sogenannten „Eisernen Brücke“ am Kupfergraben Einspruch erhoben, weil die in Aussicht genommene Kampfanlage zur Brücke die Sodel des Alten Museums auf der Kupfergrabenstraße auf einer langen Strecke hin verdeden und überdecken würde, wodurch die ursprüngliche Wirkung des Gebäudes, eines der bedeutendsten Meisterwerke Schinkels, auf das ungünstigste beeinflusst werden dürfte. Der Magistrat hat sich mit dieser Frage beschäftigt und eine Aenderung beschlossen. Von der ursprünglichen Kampfanlage wird abgesehen. Der Durchgangsverkehr auf der jetzt hauffierten, wenig benutzten Straße wird aufgehoben, dafür sollen die Freitreppen den Fußgängern von den aufgehöhten Strahlen aus den Zutritt zu dem dann den Durchgangsverkehr völlig entzogenen Museumplatz am Museum erhalten und nummehr symmetrisch zu dem alten Schinkelsbau an der Museumsstraße angeordnet werden. Ein hübscher Laufbrunnen erhält eine natürliche Lage am Fuße der Futtermauer der Brücke in der mit Rubebänken ausgestatteten Treppentische im Baum Schatten des Lustgartens. Die gefamte Brückenanlage soll sich nach der Aenderung der klassizistischen Umgebung organisch einfügen, wobei zur Erreichung einer unaufdringlichen ruhigen Wirkung sich eine Vereinfachung des Schmuckwerkes als angezeigt erwiesen hat. Die geplanten Bildwerke sollen erit aufgestellt werden, sobald deren günstige Wirkung durch Modelle einwandfrei erwiesen ist. Der Museumsstraße da belegene Eckbau ist vom Jyklus gegen eine Anerkennungsgelöbe zum Brückenbau mit einbezogen. Der unsichere Eindruck dieser Eck wird vermindern. Dort soll eine dem Bauzweck dienende Freitrepppe einen gewissen Abbruch und zugleich einen Uebergang zu der Ufermauer schaffen.

Veranstaltete Kleinhandelspreise.

Der Fachauschuß für Hüllensfrüchte, Reis, Getreid, Graupen, Kolonialwaren und Konserven der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat in seiner letzten Sitzung Veranlassung gehabt, die Aufschläge für Tee bei mehreren Kleinhändlern zu beanstanden. Da es sich größtenteils um Teepackungen handelt, für welche die Großhandelsfirmen dem Kleinhandel die Verkaufspreise vorschreiben, wird die Preisprüfungsstelle bei diesen sofort auf eine Herabsetzung der Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreis des Kleinhandlers hinwirken; auch wurde beschlossen, zu fordern, daß auf kleinen Teepackungen das Gewicht des Inhalts angegeben wird.

Von neuem wurde auf den Mißstand hingewiesen, daß die Vorschriften der preussischen ministeriellen Ausführungsbestimmungen zu der Bekanntmachung des Herrn Reichsfinanzlers über die Preise von Marmeladen vom 14. Dezember 1915, wonach die Verpackungen in leicht erkennbarer Weise einen Vermerk über Inhalt und Gewicht der Ware tragen müssen, von einer großen Anzahl Firmen immer noch nicht beobachtet werden. Die Preisprüfungsstelle sieht sich gezwungen, sämtliche ihr bekannt werdenden Fälle dieser Verjämniß nunmehr unternünftig zur Strafanzeige zu bringen.

*) Dr. Rosa Kempf: Das weibliche Dienstjahr. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 41. Band, 2. Heft. J. G. B. Mohr, Tübingen.

Ebenso wurde über die nicht genügende Beachtung der Verordnungen über den Ausschlag und die Aufstellung von Preisprüfungsstellen der Preisprüfungsstelle vom 28. Januar d. J. gellagt. Auch auf die Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung wird die Preisprüfungsstelle energisch hinwirken und sämtliche Geschäfte, welche gegen sie verstoßen, der Staatsanwaltschaft namhaft machen.

Das Streben der Preisprüfungsstelle nach Einführung der Pfennigrechnung hat weitere Erfolge gehabt. Auf diesem Wege können den Konsumenten Millionen erspart werden. Das Publikum wird dazu helfen müssen, indem es bei seinen Einkäufen (wie auch bei Trinkgeldern) den einzelnen Pfennig mehr als gebührend hoch bewertet.

Strickarbeit für Heimarbeiterrinnen.

Dem Kriegsausbruch für warme Unterleibung, Berlin, Reichstag, sind seit September v. J. aus den Beständen des Kriegsministeriums größere Mengen Strickwolle mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt worden, arbeitslos und bedürftigen Frauen mit dem Stricken von Socken für die Heeresverwaltung zu beschäftigen. Durch Vermittlung der Herren Territorialdelegierten wurden zu diesem Zweck bisher etwa 600.000 Kilogramm Wolle im Deutschen Reich — mit Ausnahme von Bayern — an gemeinnützige Vereine zur Veräußerung gebracht. Der Stricklohn für die hergestellten Socken beträgt etwa 3 1/2 Millionen Mark, welche Summe beschäftigungslosen Heimarbeiterrinnen, besonders aber den arbeitslos gewordenen Frauen in den notleidenden Industriebezirken, zugeflossen ist.

Berlins Geburten und Sterbefälle in 1915.

Die seit langem andauernde Milderung der Geburten hatte in Berlin besonders in den Jahren 1913 und 1914 sich merklich bemerkbar gemacht. Geboren wurden hier (einschl. Totgeborenen) in 1910, 1911, 1912 noch 45 955, 44 852, 44 326 Kinder, dagegen in 1913 und 1914 nur noch 42 501 und 39 063 Kinder. Das Jahr 1915 hat nun — aus nahe liegenden Ursachen — einen weiteren und ganz außerordentlich starken Ausfall an Geburten gebracht, der von Mai ab sehr deutlich hervortrat. Gegenüber dem im vorletzten Jahr verzeichneten 39 053 Geburten (einschl. 1500 Totgeburten) konnte Berlin in 1915 — wie die Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt ergeben — sich nur noch 32 066 Geburten (einschl. 1258 Totgeburten) buchen, so daß die Geburtenzahl des Jahres sich um fast 7000 verringert hat. An den 32 066 Geburten des letzten Jahres waren die zwölf Monate beteiligt mit 3311, 3049, 3402, 3061, 2669, 2334, 2520, 2434, 2299, 2330, 2213, 2335. Verringert haben sich in Berlin im Jahre 1915 auch die Sterbefälle, wenigstens gegenüber dem Jahre 1914, das mit einer beträchtlich höheren Sterblichkeit als 1913 abgeschlossen hatte. Die Sterblichkeit unterliegt ja manchen Schwankungen, weil da auch die wechselnden Einflüsse der Witterung sich geltend machen. Es starben (ohne Totgeborene) in den fünf Jahren 1910 bis 1914 30 152, 32 307, 29 981, 28 067, 29 655 Personen, dagegen in 1915 — nach Ausweis der Monatsberichte — nur 28 527 Personen. Zu dem Rückgang der Gesamtsterblichkeit in 1915 hat die Milderung der Säuglingssterbefälle beigetragen, die teils aus dem Geburtenrückgang sich erklärt, zum Teil auch der günstigen Witterung des Jahres zu danken ist. In 1914 war die Zunahme der Gesamtsterblichkeit dadurch gewirkt worden, daß trotz Geburtenrückgang die Säuglingssterbefälle hauptsächlich unter dem Einfluß ungewöhnlicher Sommerhitze sich mehrt. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen hatte sich für Berlin in den Jahren 1910 bis 14 bei 41 189, 43 203, 42 585, 40 841, 37 493 Lebendgeborenen auf 14 037, 10 506, 12 604, 12 774, 7888 gestellt, so daß schon 1914 mit einem sehr ungenügenden Ertrage abschloß. Aus 1915 ist bei nur 30 813 Lebendgeborenen ein Geburtenüberschuß von nur 2286 geblieben.

Eine Stiftung für die Arbeiterjugend Berlins.

Ein braver Bauleigenosse, langjähriges tätiges Mitglied des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, der Fabrikant Oskar Wollmach, welcher im 43. Lebensjahre stand und als gebierter Landsturmmann am Kriege teilnehmen mußte, büßte am 17. November 1915 durch eine feindliche Kugel sein Leben ein. Derselbe hat laut Testament zur Förderung der Arbeiterjugend Berlins, für die er sich lebhaft interessierte und für deren Weiterentwicklung wirkte, die bei seinem eventuellen Ableben mit 10 000 Mark bedacht. Als Testamentvollstrecker hat er den Reichstagsabgeordneten Gen. D. Wächter eingesetzt, welcher im Sinne des Erblassers über die Summe verfügen wird.

Doppelbesteuerung.

Der Berliner Stadtvorordnete Rommisen, der 1913 sowohl in Berlin als auch in Nowawes (Neuhabelsberg) Wohnungen hatte, war in Berlin und in Nowawes für 1913 voll zur Gemeindefinanzsteuer herangezogen worden. Er erhob in beiden Gemeinden Einspruch, ohne die Höhe der Steuer zu bemängeln. Später deklarierte er sein Vorgehen dahin, daß er damit einen Verteilungsantrag gestellt habe. Der Bezirksausschuß sah unter Verächthung dieser Deklaration die Einsprüche als Verteilungsantrag an und entschied schließlich dahin, daß nur Berlin Anspruch auf die Steuer habe, weil die Voraussetzungen für die Annahme eines Wohnsitzes in Nowawes, der dort eine Steuerpflicht hätte begründen können, gefehlt hätten.

Auf die Revision der Gemeinde Nowawes hob das Oberverwaltungsgericht das Urteil auf und setzte den Verteilungsbescheid des Bezirksausschusses außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt, daß die Einsprüche Rommens trotz der unrichtigen Deklaration nicht als wirksamer Verteilungsantrag angesehen und verhandelt werden durften.

Einen schweren Verlust erleidet am Sonnabend ein hier auf Urlaub anwesender Landsturmmann. Der Mann hatte auf der Steuerkasse in der Brangelstraße die halbmonatliche Kriegsunterstützung für seine Familie abzubezahlen und sich zur Versorgung einer Verbandsangelegenheit nach dem Gewerkschaftshaus am Engelshof begeben. Hier war ihm die Beforgung eines Auftrages nach der Wühlentrotze übertragen. Zurückgekehrt stellte der Mann den Verlust seines Geldes (zwei Zwanzigmarscheine) fest, das er lose in die Tasche gesteckt hatte. Auf dem Wege von der Brangelstraße nach dem Engelshof oder vom Engelshof nach der Wühlentrotze und zurück und in der Zeit von 1/11—1/12 Uhr mittags ist das Geld verloren gegangen. Der Mann hat Frau und zwei Kinder zu erhalten und lebt in sehr bescheidenen Verhältnissen. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Geld im Bureau des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Engelshof 14/15, part., Zimmer 4/5, abzugeben.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranlaßt auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge. Die unten aufgeführten Vorträge finden in der nächsten Woche statt. Der Zutritt zu denselben ist unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 17. Februar, spricht in der 216./222. Gemeindehalle, Kottbuser Str. 92, Herr Dr. W. Pollack über das Thema: „Saubere Pflege des Auges“.

Am Freitag, den 18. Februar, spricht in der 40. Gemeindehalle, Gneisenaustr. 7, Herr Dr. A. Bernstein über das Thema: „Ursachen und Verhütung der Schwindelkrankheit“.

In Berlin-Friedenau im Gymnasium am Rathackplatz spricht am Montag, den 14. Februar, Herr Professor Dr. Levinsohn über das Thema: „Die Entstehung, Vermeidung und Behandlung der Kurzsichtigkeit“.

In Berlin-Lichtenberg in der Gemeindehalle, Holsteistr. 7/9, spricht am Donnerstag, den 17. Februar, Herr Dr. P. Wühlam über das Thema: „Wie schützen wir uns vor ansteckenden Krankheiten“.

In Berlin-Rankow in der 6. Gemeindehalle, Wollankstr. 131,

spricht am Donnerstag, den 17. Februar, Herr Dr. W. Goldheim über das Thema: „Entstehung und Bekämpfung der Tuberkulose“. Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich 8 Uhr abends.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am Freitag in Budow ereignet. Dort verfuhr auf der Budower Chaussee eine etwa sechzigjährige, unbekannt Frau unmittelbar vor einem aus der Richtung von Neukölln herkommenden Straßenbahnwagen der Linie 47 das Gleis zu überfahren. Obwohl der Fahrer nach Kräften bremste, vermochte er auf so kurze Entfernung den Wagen nicht mehr zum Stehen zu bringen, die Frau wurde umgestoßen und erlitt einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde nach dem nahen Krankenhaus der Stadt Neukölln gebracht, wo sie bald nach ihrer Aufnahme an den Folgen der erlittenen schweren Verletzung starb. Die Verantwortlichkeit der Verstorbenen konnte noch nicht ermittelt werden. — Ein zweiter Straßenunfall trat sich in der Chausseestraße zu. Vor dem Hause Nr. 48 betrat ein unbekannter Herr kurz vor einem in der Richtung nach der Seestraße fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 68 das Gleis und wurde umgestoßen. Er erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht.

Bewußtlos aufgefunden wurde gestern vor dem Hause Chausseestraße 38 ein unbekannter Mann von etwa 64 Jahren. Im Paul Gerhardt-Stift, wo er noch bewußtlos danielerlagte, wurde eine Verletzung am Hinterkopfe festgestellt. Wie der Mann dazu gekommen ist, weiß man noch nicht. Der Unbekannte ist mittelgroß und kräftig gebaut, hat grau gemischtes blondes Haar, einen kräftigen, schon stark ergauten blonden Schnurrbart und trug einen dunklen Ueberzieher, schwarzes Tuchjackett mit Weste, eine grau gestreifte Hose und einen schwarzen Schlapphut.

Aus den Gemeinden.

Der städtische Arbeitsnachweis Neuköllns in der Kriegszeit.

Im Städtischen Arbeitsnachweis wurden in den beiden Kriegsjahren 1914/15 die Gesamtvermittlungsergebnisse der angebotenen und besetzten Stellen durch die Kriegsverhältnisse erheblich beeinflusst. In beiden Abteilungen stieg besonders die Zahl der Arbeitsuchenden in den ersten 6 Kriegsmontaten weit um das Doppelte der Durchschnittszahlen der Vorjahre (über 2000 Arbeitsuchende pro Monat). In der männlichen Abteilung verringerten sich vom April 1915 ab die erwachsenen Arbeitsuchenden infolge Militäreinziehungen von Monat zu Monat, bis im Dezember 1915 nur noch circa 200 Arbeitnehmer (meist Gelegenheits- und ältere Arbeiter über 45 Jahre) vorhanden sind. — Den statistischen Jahreszahlen von 1915 stellen wir nachfolgend die entsprechenden Zahlen von 1914 in Klammern gegenüber: Als Arbeitsuchende haben sich insgesamt 25 988 (31 113), davon 9221 (17 142) männliche und 16 767 (13 971) weibliche Personen gemeldet. — Offene Stellen waren 24 800 (19 489), davon 12 136 (10 184) für männliche und 12 754 (9305) für weibliche Arbeitnehmer vorhanden, von denen 19 402 (16 226) und zwar 8678 (8391) für männliche und 10 729 (7835) für weibliche Arbeitskräfte vermittelt wurden. — In der Dienstbotenabteilung konnten 805 (402) Dienstmädchen in geeigneten Dienststellen untergebracht werden.

Aus der Neuköllner Magistratsverwaltung.

Zur Förderung des Frauen Schwimmens ist der Magistrat damit einverstanden, daß für Mittelschülerinnen, welche Klassenweise unter Führung der Lehrerinnen das Stadtbad in den Mittagsstunden besuchen, der Preis für ein einzelnes Schwimmbad auf 10 Pf. herabgesetzt wird. Es soll regelmäßig an Stelle der zweiten Turnstunde in der Woche für die 2. und 3. Klassen der Mädchenmittelschulen eine Badestunde mit Schwimmunterricht eingerichtet werden.

Die Butterknappheit und Kartoffelknappheit in Nowawes

gab dem Wahlverein Veranlassung, sich mit der Frage geeigneter Abhilfemaßnahmen zu beschäftigen. Die geradezu unhaltbar gewordenen Zustände bei der Butterverteilung haben nicht nur bei den ärmeren Familien, sondern auch in den Kreisen der besser situierten starke Unzufriedenheit ausgelöst, die auch in der Ortspresse lebhaften Ausdruck fand. Zu Hunderten sieht man die Käufer, meistens Frauen und Kinder, vor den Geschäften stundenlang in Wind und Wetter warten, um schließlich 1/4 Pfund Butter, oft aber auch keine zu erhalten, während es zahlreichen anderen Familien möglich ist, sich ohne besondere Mühe mehrere Pfund zu verschaffen. Die Gemeinde hat denn auch schließlich eingesehen, daß es so nicht weitergehen kann, und die Einführung der allgemein geforderten Butterkarte beschlossen, die hoffentlich die Knappheit weniger fühlbar machen wird. — Schwieriger zu lösen ist die Frage der Kartoffelnot. Wie in der Versammlung vom Genossen Keumann mitgeteilt wurde, trifft die Gemeinde keine Schuld. Sie habe die größten Anstrengungen gemacht, um im Kreise die für die Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Quantitäten Kartoffeln zu beschaffen, jedoch vergeblich. Die geringen Kosten, die sie erhalte, seien im Handumdrehen verkauft, und so komme es, daß von den oft nach Hunderten zählenden Käufern stets nur wenige befriedigt werden könnten. Die Versammlung erkannte an, daß für die Kartoffelnot weniger die Gemeinde als diejenige Behörde verantwortlich zu machen ist, die die Verteilung der Kartoffeln an die Gemeinden in der Hand hat und das Beschlagnahmerecht ausübt. Der Vorstand wurde daher beauftragt, in einer Petition die Gemeinde zu ersuchen, an zuständiger Stelle mit allem Nachdruck auf schleunige ausreichende Lieferung von Kartoffeln zu dringen. Um den bisher beobachteten großen Andrang der Käufer zu mildern, empfiehlt die Petition die Einrichtung mehrerer Verkaufsstellen, und zwar möglichst in geschlossenen Räumen, und Abgabe in größeren Quantitäten. Denjenigen Frauen, die am Tage in der Fabrik oder sonstwo beschäftigt sind, soll durch Offenhaltung der Verkaufsstellen an einigen Tagen bis in die späteren Abendstunden auch die Möglichkeit der Versorgung mit Kartoffeln gegeben werden.

Soziales.

Ein unzulässiger Anspruch.

Die Deutsche Bank erhob vor dem Kaufmannsgericht eine materiell unzulässige Klage vor einem überdies unzuständigen Gericht.

Eine Stenotypistin, die von der Bank fest engagiert worden war, verließ nach einer dreitägigen Tätigkeit eigenmächtig die Stellung, angeblich weil ihr die Arbeitszeit nicht zusagte. Das klagende Bankinstitut stellte den Antrag, die beklagte Gehilfin zum sofortigen Wiederantritt der Stellung zu verurteilen und ihr für den Fall der Zuwiderhandlung eine fiskalische Strafe von sechs Mark pro Tag aufzuerlegen. Die Verhandlung ergab, daß die Gehilfin gar nicht mit der stenotypischen Aufnahme von Brieftexten und dem Schreiben der Briefe auf der Maschine beschäftigt wurde. Sie hatte vielmehr ausschließlich auf vorgegedruckten Formularen, in denen Stellenanwerbern mitgeteilt wurde, daß man auf ihre Dienste verzieht, die Adresse und das Datum auszufüllen. Eine solche Tätigkeit sah das Kaufmannsgericht als eine gewerbliche an. Es erklärte sich deshalb für unzulässig und verwies die Klage an das Gewerbegericht.

Vor dem Gewerbegericht wird die Unzulässigkeit des Klageanspruchs ausgesprochen werden müssen. § 888 Abs. 2 der Zivilprozessordnung ermächtigt allerdings das Gericht,

wenn es eine Beurteilung zur Vornahme einer Handlung ausspricht, auf Antrag dahin zu erkennen, daß der Schuldner zur Vornahme der Handlung durch Geldstrafen bis zum Gesamtbetrag von 1500 M. oder durch Haft anzuhalten sei. Abs. 2 des § 888 hat aber zufolge eines sozialdemokratischen Antrags zu der Robelle vom 17. Mai 1898 ausdrücklich festgelegt, daß diese Bestimmung im Falle der Beurteilung zur Leistung von Diensten aus einem Dienstvertrage nicht zur Anwendung kommt. Diese Unzulässigkeit ist mit Rücksicht auf die modernen Anschauungen insbesondere über die Freiheit der Person ausgesprochen. Einen Erfolg kann also die angelegte Klage nicht haben. Anders läge es vielleicht mit einer Schadenerstatzung.

Simulationsrichterei.

Der Vorwurf der Simulation wird von wenig sozial empfindenden Klassenleitungen gar zu leicht Ansprüche erhebenden Mitgliedern gegenüber angewandt. So wendete in nachstehend geschildertem Falle die Krankenkasse der Malerinnung zu Charlottenburg Simulation des Krankenmitgliedes ein und versuchte durch alle möglichen Einwendungen sich von der Zahlungspflicht zu befreien.

Die Schauerfrau A. wurde auf Grund ihrer Beschäftigung bei dem Malermeister V. Mitglied der Innungs-Krankenkasse der Malerinnung zu Charlottenburg. Am 21. Februar 1914 erlitt sie einen Vertriebsunfall, der am 23. März Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatte. Die Krankenkasse zahlte vom 28. März ab der A. das zutreffende Krankengeld bis zum 20. Juni. Die weitere Unterstützung wurde abgelehnt, weil die Nordöstliche Pausgewerkschafts-Versicherungsgesellschaft den Unfall nicht anerkannte. Am 30. Oktober 1914 wurde die Krankenkasse vom Versicherungsamt der Stadt Neukölln verurteilt, der A. die Leistungen auch für die Zeit nach dem 20. Juni zu gewähren. Die Kasse erhob beim Oberverversicherungsamt Groß-Berlin Berufung, die eigentlich begründet wurde. Doch es doch darin unter anderem: „Wir tragen nun hiermit ergebenst an, ob wir gehalten sind, um dem Urteilspruch ohne weiteres zu fügen, da doch laut beifolgender Meinung des Arbeitgebers ein Unfall vorliegt und die A. anscheinend jetzt noch daran leidet.“

In Schriftsätzen wendete die Kasse ferner ein, daß Frau A. anscheinend stark simuliere, die Krankheit käme der Kasse nicht ernst vor, es könne Frau A. trotz ihrer Krankheit noch leichte Arbeit, wie Nähen, Stricken usw. verrichten. Das Oberverversicherungsamt bestätigte jedoch die Entscheidung des Versicherungsamtes. Nunmehr verlangte die Krankenkasse die Beibringung eines beglaubigten ärztlichen Gutachtens, aus dem zu ersehen, daß Frau A. nach dem 20. Juni noch weiter in ärztlicher Behandlung gestanden und erwerbsunfähig gewesen sei. Und das, obwohl vorher die Kasse weitere ärztliche Behandlung abgelehnt hatte. Da in der Entscheidung des Versicherungsamtes und der des Oberverversicherungsamtes die Kasse prinzipiell verurteilt war, ohne daß die betreffende Summe genannt war, mußte nunmehr erneut beim Versicherungsamt wegen der Höhe der Summe, nämlich 113,75 M., Beschwerde geführt werden. Im Termin wurde vom Vorsitzenden des Versicherungsamtes die Verteilung der Kasse in Aussicht gestellt. Darauf erklärte der Vertreter der Kasse zu Protokoll, innerhalb einer Woche den geforderten Betrag zu zahlen.

Die Versicherten war dadurch zu ihrem Recht gekommen. Eigentümlich berührt das Verhalten der leitenden Personen der Krankenkasse, die anscheinend, — darauf lassen ihre Schriftsätze schließen, — wenig Gesehenswürdigkeiten haben und die Infrage dessen den Mitgliedern Schwierigkeiten bereiten. Wäre Frau A. nicht nach dem 20. Juni in armenärztliche Behandlung getreten, so wäre ihr der Nachweis, daß sie tatsächlich krank und erwerbsunfähig gewesen war, schwer gegolgt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 453 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Gouvernement Lille.

Infanterie usw.: Garde-Reg. 3. B.; 1. Garde-Reg.-Reg. (f. Kreisbesitz des Kreises Philippeville); Garde-Gren.-Reg. Alexander; Garde-Schützen-Bat. Gren.-hgw. Inf.-hgw. Pfl.-Regimenter Nr. 8, 9, 10, 13 bis einschl. 17, 21, 30 (f. Landm.-Inf.-Reg. Nr. 61), 56, 57, 59 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 68 und Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 216), 60 bis einschl. 67, 69 bis einschl. 72, 75, 85 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 213), 112, 113, 114, 115 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 186), 116, 118, 128, 131, 136, 138, 141, 144, 145, 147, 148, 150 bis einschl. 156, 172, 175 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 343), 176, 186, 189, 193, 330, 336, 342, 343, 345. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 8, 11, 12, 17, 19 bis einschl. 22, 24, 57, 59, 60, 61, 64 bis einschl. 71, 74, 75, 86, 116, 180, 206, 208, 209, 210, 213, 214, 216, 218 bis einschl. 225, 251, 258, 267. Landm.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 9 bis einschl. 13, 16, 17, 21 bis einschl. 24, 51 (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 224), 57, 60, 61, 65, 66, 71, 72, 116, 118. 1. Ueberplanmäßiges Landm.-Inf.-Bat. des 4. Armee-Korps (Neuhaldensleben). Jäger-Bataillone Nr. 3, 4, 5, 7, 14; Ref.-Bataillone Nr. 4, 15, 22, 24. Festungs-Maschinengew.-Komp. Bataillone. Maschinengew.-Abt. 1; Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 216; 2. Gef.-Maschinengew.-Komp. des 21. Armee-Korps; Feld-Maschinengew.-Buz. Nr. 131 (f. Inf.-Reg. Nr. 72).

Kavallerie: Husaren Nr. 6, 7 (f. Feldfliegertruppe), 17; Jäger zu Pferde Nr. 8.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 3, 7, 8, 19, 24, 34, 39 (f. Feldfliegertruppe); Ref.-Regimenter Nr. 18, 19, 22.

Zufuhrartillerie: Reg. Nr. 15; Ref.-Regimenter Nr. 5 und 16; Fußart.-Bat. Nr. 30; Batterien Nr. 213 und 263. 1. Ueberplanmäßiges 9-Zentimeter-Batt. der Festung Libau. Art.-Regtrupp Nr. 68.

Pioniere: Ers.-Bat. des Garde-Pionier-Bat. Regimenter Nr. 20 und 29; Bataillone: 1. und 11. Nr. 5, 1. Nr. 6, 11. Nr. 11, 1. Nr. 17, 1. Nr. 26, 1. Nr. 27; Ers.-Bat. des Pionier-Bat. Nr. 9. Pionier-Komp. Nr. 221; Ref.-Komp. Nr. 49; 2. Landm.-Komp. des 18. sowie 4. Landm.-Komp. des 10. Armee-Korps. Minenwerfer-Komp. Nr. 221; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 11; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 186.

Verkehrstruppen: Fernspr.-Abt. Nr. 8; Fernspr.-Doppelzug Nr. 3 der 8. Inf.-Div. Feldfliegertruppe.

Train: Train-Abt. Nr. 1 (f. Feldfliegertruppe); Feld-Train-Komp. Nr. 2 des 18. Armee-Korps. Div.-Proviantamt der 80. Inf.-Div. Feldbäckereifolonne Nr. 1 des 20. Armee-Korps.

Artillerie-Munitionsfolonne Nr. 5 des 7. Armee-Korps.

Sanitäts-Formationen: Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 14. Freiwillige Krankenpflege.

Armierungs-Bat. Nr. 31.

Feldpostexpedition der 19. Inf.-Div.

Zivilverwaltung in Belgien: Kreis Philippeville.

Die Verlustliste Nr. 18 der Kaiserlichen Schutztruppen usw. wird veröffentlicht.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 250 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir bereits angegeben haben.

Die württembergischen Verlustliste Nr. 344 meldet Verluste des Gren.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Pfl.- und Landm.-Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.- und Landm.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.- und Landm.-Inf.-Reg. Nr. 126; Inf.-Reg. Nr. 127; Feldart.-Regimenter Nr. 20, 65, 116; 5. Feld-Pionier-Komp.; Armierungs-Bat. Nr. 59; Verluste durch Krankheiten. Verrichtungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Die geplante öffentliche Frauenversammlung konnte aus bestimmten Gründen nicht stattfinden.

Eine Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Ehren-Sälen, Müllerstr. 142, statt.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr im Jugendheim, Rosenstr. 4: Vortrag über 'Christliche Bittgebete'.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. 601 rechts, barriere am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt.

G. H. Wanderfreund 10. Sportliche Betätigung ist an sich absolut nicht tabu, soweit dieselbe nicht zur Färgerei ausartet, was bei dem von

Sinen genannten Fund nicht der Fall ist. An dem Ausdruck Sport brauchen Sie also keinen Anstoß zu nehmen. - G. 1002. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. - J. P. 18. Oberbismarck, Wilhelmstr. - G. 32. Am besten tun Sie, wenn Sie sich an den Verband der Schneider und Schneiderinnen wenden.

nachgewiesen werden kann, können Sie Antrag auf Aufwandsentschädigung stellen. Der Antrag ist bei der Polizeibehörde einzureichen. - J. P. 4. Wenden Sie sich an das Patentamt Berlin, Gütlicher Str. 97/102.

Eingegangene Druckschriften.

Die wir im Kriege leben. Von Dr. H. Bend. 40 Pf. J. Angelhorn's Nachl., Stuttgart. Der Krieg und die Reservekräfte des Nervensystems. Von Dr. H. Bend. 1 M. G. Barthold, Halle a. S.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Deutlich der Ober zeitweise neblig. Sonst ziemlich heiter. Weiter westlich noch überwiegend bewölkt, jedoch nirgends erhebliche Niederschläge.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Neukölln.

Mittwoch, den 16. Februar 1916, abends 8 1/2 Uhr, in den Besprechungsräumen, Bergstraße 151:

Frauen-Versammlung

1. Vortrag der Genossin Luise Sieg über: 'Die Frauen und der Krieg.' 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Gardinen. Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwartz. Berlin C, Wallstr. 13.

Zigarren! reguläre Ware, prima Qualitäten, nur Nachahmer, offeriert in Sortimenten von 200 St. an (500 St. an franko) in der Preislage von 60 bis 300 M.

Rheumatische und Nerven-Schmerzen werden mit Logal-Tabletten rasch und dauerhaft beseitigt.

Pianos. Ohne jede Anzahlung. Berliner Gewerbe-Ausstell. 1906. Berliner Musik-Fachausst. 1906.

Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratezahlungen.

Wichtig für Herren! Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom grossen Fabriklager ab.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow. Nachdem der Beschlusshaushalt des Verwaltungsrats Berlin-Pankow genehmigt hat, daß die in der Kassenlage vorgezeichneten Mehrleistungen wiederbewilligt werden können.

Phonographen-Katz. Direksenstraße 20 am Bahnhof Alexanderplatz. Chausseestraße 92. Weinmeisters tr. 2. Gr. Frankfurt-Str. 144. Neukölln, Bergstr. 4. Hermannpl. 6. W. Kleiststraße 27.

Geschäfts-Auflösung. 1 Posten Ulster und Wettermäntel. größtenteils Backfischgrößen, durchweg Stück 7.90.

Hochfeine Kostüme in allen Größen 15, 20 bis 40 Mark. Frauenmäntel und Jackette in Tuch, Cheviot und Soidenmoiré.

Billige Parzellen. Billige Parzellen sind diejenigen Unterliegenschaften, für welche auf Verlangen der Eigentümerin die Abgrenzung vorgenommen ist.

Stoffe für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw. Tuch-Lager. Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21.

Germania-Prachtsäle. Lustige Sänger. Stets neues Programm! Anf. d. Konz. 6, der Vorst. 7 U.

Möbelfabrik 'Berolina'. eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Sonntag, 27. Februar, vormittags 9 Uhr, im Geschäftsflokal: General-Versammlung.

J. Baer. Herren- und Knaben-Mod., Einsegg-Anzüge. Badstr. 26. Ecke Prinz-Alleen.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden.

Für Feldposten! Deutsch-Deutsch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. Februar 1916. Sonntag. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. Februar 1916. Sonntag. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. Februar 1916. Sonntag. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Unserem Genossen Gustav Kunow und der Genossin Anna Kunow, Reußlin, Seckauer Str. 33, zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche! 1168 Die Genossen des 22a. Bezirks.

Schwimmverein Vorwärts Berlin 1897.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere lieben Schwimmgenossen
Max Pabke
und
Richard Vogt
auf dem Schlachtfelde ihren Tod fanden. 2588
Ehre ihrem Andenken!
Mit Schwimmern
J. A.: Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler
Karl Schütze
Reußlin, Sanderstraße 18 im Alter von 46 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium zu Treptow, Stiefholzstraße, statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Rudolf Richter
Korbuser 18 im Alter von 54 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Montag, den 7. Februar, auf dem städtischen Friedhofe in der Gestr.straße statt.
82/16 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Brauer
Julius Cordes
(Schloßbrauerei Schöneberg) am 10. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 13. Februar 1916, mittags 12 Uhr, auf dem Danleskirchhof in Reinickendorf-West, Blantestraße 12, statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
42/4 Die Ortsverwaltung.
NB. Mitteilung durch Karten erfolgt nicht.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Januar 1916, nach fast sechs Monate langen Kämpfen, mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, lieber, guter Papa, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Landsturmann
Wilhelm Böse
im Alter von 43 Jahren.
In diesem Schmerz Frau Berta Böse geb. Meißel nebst Kindern Ilse und Erwin, Straßlunder Straße 34.
Wwo. Böse als Mutter, Adolf Böse nebst Familie als Bruder und Schwäger, Fritz Böse als Bruder (zurzeit im Felde) nebst Frau, Karl Böse als Bruder (zurzeit im Felde), 1068
Familie Dorkow als Schwester und Schwager, Familie Teichert als Schwester und Schwager, Frau Pratsch als Schwester, Familie Mühlhals als Schwester und Schwager, Familie Barlett als Freunde.
Er ging von uns mit schwerem Herzen und hoffte auf ein Wiedersehen. Doch größer sind jetzt unsere Schmerzen. Da dieses nicht mehr kann geschehen.
Nicht zu sein, drei Worte, leicht zu sagen, doch schwer, so endlos schwer zu tragen.
Er kehrt nicht heim, das ist unser Klagen.
Er, den wir geliebt, er kehrt nicht heim.
In der Fremde haben Sie ihn zu Grabe getragen.
Es soll uns dies Wort zum Troste sein.
Wer ihn gekannt, weiß was wir verloren.
Lieber Papa, wir können es nicht glauben.
Daß uns der Tod das Beste konnte rauben.
Wir möchten mit den Händen die Erde ausgraben,
Wir möchten unsern lieben Papa wieder haben.
Deine lieben Kinder
Ilse und Erwin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Januar 1916, nach fast sechs Monate langen Kämpfen, mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, lieber, guter Papa, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Landsturmann
Wilhelm Böse
im Alter von 43 Jahren.
In diesem Schmerz Frau Berta Böse geb. Meißel nebst Kindern Ilse und Erwin, Straßlunder Straße 34.
Wwo. Böse als Mutter, Adolf Böse nebst Familie als Bruder und Schwäger, Fritz Böse als Bruder (zurzeit im Felde) nebst Frau, Karl Böse als Bruder (zurzeit im Felde), 1068
Familie Dorkow als Schwester und Schwager, Familie Teichert als Schwester und Schwager, Frau Pratsch als Schwester, Familie Mühlhals als Schwester und Schwager, Familie Barlett als Freunde.
Er ging von uns mit schwerem Herzen und hoffte auf ein Wiedersehen. Doch größer sind jetzt unsere Schmerzen. Da dieses nicht mehr kann geschehen.
Nicht zu sein, drei Worte, leicht zu sagen, doch schwer, so endlos schwer zu tragen.
Er kehrt nicht heim, das ist unser Klagen.
Er, den wir geliebt, er kehrt nicht heim.
In der Fremde haben Sie ihn zu Grabe getragen.
Es soll uns dies Wort zum Troste sein.
Wer ihn gekannt, weiß was wir verloren.
Lieber Papa, wir können es nicht glauben.
Daß uns der Tod das Beste konnte rauben.
Wir möchten mit den Händen die Erde ausgraben,
Wir möchten unsern lieben Papa wieder haben.
Deine lieben Kinder
Ilse und Erwin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Januar 1916, nach fast sechs Monate langen Kämpfen, mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, lieber, guter Papa, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Landsturmann
Wilhelm Böse
im Alter von 43 Jahren.
In diesem Schmerz Frau Berta Böse geb. Meißel nebst Kindern Ilse und Erwin, Straßlunder Straße 34.
Wwo. Böse als Mutter, Adolf Böse nebst Familie als Bruder und Schwäger, Fritz Böse als Bruder (zurzeit im Felde) nebst Frau, Karl Böse als Bruder (zurzeit im Felde), 1068
Familie Dorkow als Schwester und Schwager, Familie Teichert als Schwester und Schwager, Frau Pratsch als Schwester, Familie Mühlhals als Schwester und Schwager, Familie Barlett als Freunde.
Er ging von uns mit schwerem Herzen und hoffte auf ein Wiedersehen. Doch größer sind jetzt unsere Schmerzen. Da dieses nicht mehr kann geschehen.
Nicht zu sein, drei Worte, leicht zu sagen, doch schwer, so endlos schwer zu tragen.
Er kehrt nicht heim, das ist unser Klagen.
Er, den wir geliebt, er kehrt nicht heim.
In der Fremde haben Sie ihn zu Grabe getragen.
Es soll uns dies Wort zum Troste sein.
Wer ihn gekannt, weiß was wir verloren.
Lieber Papa, wir können es nicht glauben.
Daß uns der Tod das Beste konnte rauben.
Wir möchten mit den Händen die Erde ausgraben,
Wir möchten unsern lieben Papa wieder haben.
Deine lieben Kinder
Ilse und Erwin.


Dem Andenken unserer auf dem Schlachtfelde gefallenen Genossen!
Am 25. Januar fiel im Alter von 32 Jahren der Lagerarbeiter
Max Marschall
Branngeltr. 116, Bez. 175.
Am 28. Januar fiel im Alter von 37 Jahren der Arbeiter
Julius Jahn
Gurghtr. 88, Bez. 187 L.
211/19 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 1. Februar starb an Blutvergiftung im Lazarett unser treuer Genosse
Paul Mewes
Pring-Heinrich-Str. 5.
194/9 Soziald. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Pankow, Gr. 11.
Stanislaus Kreisner
gestorben am 13. November 1915.
194/9 Sozialdemokr. Wahlverein Berlin-Wilmersdorf.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Am 11. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege
Max Effenbein.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 29/5
Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bazarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Westen.
Am 11. Februar starb unser Mitglied, der Putzer
August Nieter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 14. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Luther-Kirchhof in Prenzlauer Berg statt. 140/14
Um rege Beteiligung wird ersucht Die Ortsverwaltung.

Sängerchor „Vorwärts-Süd-Ost“.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 25. Januar unser lieber Sangesbruder
Max Marschall.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
57/9 Der Vorstand.
Stumm schläft der Sänger!

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Adolf Mühl
(Steinmühlstr. 67, Bezirk 5) am 11. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im dem städtischen Krematorium, Gerichtstr. 87/88, statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
78/6 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und treusorgender Vater, der Böttcher
Karl Riewe
im 47. Lebensjahr nach kurzem schweren Leiden seinem Sohne Hermann, der als Opfer des Weltkrieges gefallen, in die Ewigkeit gefolgt ist.
Die trauernde Witwe und Kinder, Bettestraße Nr. 4.
Die Beerdigung findet am Montag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle im Friedrichshagen aus statt. 134/1

Am 11. Januar 1916 starb im Lazarett unser wertgeschätztes Mitglied, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender
Paul Altmann.
Wir verlieren in ihm einen wahrhaften Freund, der uns un-
vergessen bleiben wird. 121/1
Ruhe sanft in Heideblau!
Sparverein Rote Nelke
gegr. 1902.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges gefallen ist unser lieber Kollege
Max Temnitz
geboren 2. November 1894, gestorben 29. Januar 1916. 99/7
Ehre seinem Andenken!
Der Filialverstand.

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 17. Januar 1916 unser lieber Kollege und treuer Mitarbeiter
Bruno Klausch
im jugendlichen Alter von 20 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 282/2
Die Arbeiterjugend Berlin-Süd.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:
Hermann Becker, Bierfahrer.
Robert Berkahn, Fahrstuhlführer.
Wilhelm Böse, Lagerarbeiter.
Paul Engel, Kohlentischer.
Wilhelm Hartkopf, Industriearbeiter.
Albert Lehmann, Geschäftsdienst.
August Lettkemann, Industriearbeiter.
Paul Mewes, Industriearbeiter.
August Polixa, Bierfahrer.
Adolf Richter, Arbeitsratscher.
August Runke, Geschäftsdienst.
Ernst Sippmann, Droßkenschaffner.
Richard Wollenberg, Geschäftsdienst.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.
61/19

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen.
Alfred Böttcher, Schlosser,
geb. 27. November 1896 in Schöneberg.
August Brodach, Dreher,
geb. 1. Dezember 1878 in Jatzow.
Hugo Höser, Bohrer,
geb. 5. Juni 1887 in Langendorf.
Hans Karsolky, Schleifer,
geb. 28. August 1880 in Dresden.
Willi Kaul, Schlosser,
geb. 6. November 1893 in Berlin.
Franz Kitschun, Mechaniker,
geb. 4. August 1883 in Schirwindt.
Alfred Krinke, Schlosser,
geb. 20. November 1887 in Friedland.
Max Lamfried, Maschinformer,
geb. 18. Juni 1886 in Berlin.
Max Mehl, Schleifer,
geb. 13. Juli 1888 in Berlin.
Ehre ihrem Andenken!
112/1 Die Ortsverwaltung.

Am 2. Februar starb im Lazarett infolge Bauchschusses unser lieber Kollege
August Brodach.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Kollegen der Daimler-Motoren-Gesellschaft.
Marienfelde. Abteilung Revolverdreherei.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Sekretär
Wilhelm Prillwitz
geb. 5. 10. 87 am Donnerstag, den 10. Februar, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Chausseest. 33, auf dem Anaben-Kirchhof, Barfußstraße, statt. 162/9
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 23. Januar 1916 in Heideblau mein innigstgeliebter, unvergesslicher Vater, unser lieber, guter Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der Plonier
Alois Preußner
Wienener-Compagnie 10.
Die trauernde Gattin
Anna Preußner geb. R. & S. e.
Es ist ein schmerzhaft bitteres Leiden.
Auf nimmer, nimmer Wiedersehen!
Ich, unter allen Erdensleiden
Kann tiefer nicht zu Herzen gehn.
Nicht einmal in die Augen blicken.
Die mich so lieb stets angeschaut,
Nicht einmal innig an mich zu lächeln.
Das Liebste, dem ich seit vertraut.
Wir wollten beide glücklich werden.
Doch grausam griff das Schicksal ein,
Raub mir mein Liebste auf der
Erden.
Und läßt mich hier im Schmerz
allein.
Rein Flehn und sein Weinen gibt
Dir mir jurid.
Verloren ist das Beste, was ich
halte:
Vorbei ist Liebe, Hoffnung, Glück:
Seln Wunsch war nur: Ein
Wiedersehen!

Schwimmverein „Vorwärts“
Berlin 1897.
Allen Schwimmgenossen und Genossinnen die traurige Mitteilung, daß unser langjähriger Vorsitzender, der Schwimmgenosse
Karl Schütze
nach schwerer Krankheit am 11. Februar gestorben ist.
Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter und Mitbegründer unserer Vereins, dessen Bestrebungen stets auf die Fortentwicklung der Arbeiterschwimmer gerichtet waren.
Wir werden ihm ein dauerndes und dankbares Andenken bewahren.
2515 J. A.: Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Baumgartenweg statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Stodarbeiters
Johann Blattner
sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Reiblich u. Ros und den anderen mit unbekanntem Namen, dem Gesangsverein Vortragchor, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, den Genossinnen und den Genossen des 4. Berliner Wahlkreises, sowie dem Redner, Genossen Reile, meinen herzlichsten Dank. 122/1
Minna Blattner nebst Tochter.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 30. Januar d. J. nach sehr schweren Leiden unser herzensguter Sohn und Bruder, Kette, Cousin und Bräutigam, der Bäcker
Georg Werth
Auf. Reg. 35, 2. Komp., im blühenden Alter von 22 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt am
Karl Werth nebst Frau, als Eltern.
Erich Werth, als Bruder,
sowie Verwandte.
Erna Thurn, als Verlobte.
Du schiedst so schnell von deinen Lieben
Und starbst zu früh,
Wer dich gekannt, vergißt dich nie.
Ruhet sei ihm die fremde Erde.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Sohnes
Karl Böhm
sage ich allen Teilnehmern, den Kolleginnen und Kollegen der Firma Reich, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Genossen des 4. Berliner Wahlkreises meinen tiefgefühlten Dank.
122/1
Witwe Böhm.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau
Pauline Aurich geb. Schwarz, am Freitag, den 10. Februar 1916, plötzlich verstorben ist.
In tiefer Trauer
Ernst Aurich, Putzer, nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Schönberger Friedhofes (Blante Höhe) aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
August Barthel
sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verband der freien Galt- und Schankwirte Deutschlands sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein Preußens meinen innigsten Dank.
110/1
Die trauernde Witwe
Marie Barthel.
Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 241.7203.

Kredit.
unter günstigen Zahlungsbedingungen
Grosse Auswahl
in allen Abteilungen
Anzahlung
nach Ueberstimmung
Herrn-, Damen-, Kinder-Bekleidung
Damenwäsche - Schuwaren
Damenhüte, Reithor, Pelzwaren
Neueste Formen

B. Feder
Zentrale Norden
Brunnenstr. 1 Eingang Waldbergweg 25
Filiale Osten
Frankfurter Allee 350
Filiale Süden
Rottbuser Damm 103
Filiale Westen
Charlottenbg. Scharrenstr. 5
Ecke Wilmersdorfer Straße

MÖBEL
und
Polsterwaren
in jeder gewünschten Preislage
Teppiche, Portieren, Gardinen, Tisch- u. Steppdecken
Komplette Speisezimmer Herrenzimmer Wohnzimmer Schlafzimmer Farbiges Köchen
Bekleidung ohne Konkurrenz

Bei Husten, Heiserkeit, rauhem Hals sind
Reichel's
Hustentropfen
in ihrer Wirkung einzig
Nur echt mit Marke „Medico“
Fl. 50 Pf. Gr. 1,-
In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 43, Ethenbahnstr. 4.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
1. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
11. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahländerungen sofort.
Amst Zentrum 7890.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Eine große
Diwandecken
in rot, blau, oliv u. Persermuster
M. 4, 5, 6, 6, 7, 5
Buntpersische, doppelseitige
Diwandecken
M. 7, 50-8, 75, 10, 50-12,-
Bunte Moquette-
Plüsch-Diwandecken
Größe 150x300 cm 18, 75-26, 75
1 Posten Kochel-Tischdecken
à 4, 50, 6, 00, 10, 00 u. 18, 00 M.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.